

VLW KOMPAKT

??????

?????

????

VERANTWORTLICH

Karl-Heinz Fuß
Landesvorsitzender

Geschäftsstelle:
Beethovenstr. 2a
67292 Kirchheimbolanden

www.vlw-rlp.de
info@vlw-rlp.de

REDAKTION

Michael Lutz
Hofgartenstr. 4c
55424 Münster-Sarmsheim
Tel. 06721 9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

COVER

© Felix Pergande/
Fotolia.com

Inhaltsverzeichnis

| | | | |
|---|---|--|----|
| Stellungnahme des vlw zum Entwurf des Gesetzes der Landesregierung „Zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften (IKFWG)“ an das MBWVK | 3 | Bericht zur Fortbildungsveranstaltung des VLW-Bezirksverbands Koblenz am 24.04.2015 zum Thema „Arbeitsrecht“ | 8 |
| Etikettenschwindel | 5 | Informationveranstaltung des VLW Bezirksverband Pfalz zur Berechnung von Personalsprüchen | 9 |
| Landesrechnungshof zu Fachoberschulen: Nicht hinreichend wirtschaftlich. VLW fordert Gleichbehandlung! | 5 | Haftungsrisiken für Lehrkräfte im Schulalltag | 10 |
| Landtag berät über BBS – Regierung und Opposition positionieren sich vor der Landtagswahl | 6 | Rückblick auf VLW-Fortbildung am 2. Juni 2015 in Mainz | 10 |
| BBS bleibt Thema im Landtag | 7 | Teach the Teacher – Schlüssel für erfolgreichen Unterricht? | 11 |
| Einkommensrunde 2015 im öffentlichen Dienst | 7 | Keine Buchvorstellung - Prof. Dr. Markus Böhner und sein Methodik-Werk | 11 |

????

Liebe Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein für die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz spannendes und ereignisreiches Jahr liegt vor uns. Am 13. März wird ein neuer Landtag gewählt, wir befinden uns mitten in der heißen Phase des Wahlkampfes. Schon im September hat der VLW zu seinem „Tag der kaufmännischen Schule“ auf den Betzenberg in Kaiserslautern eingeladen. Ministerin Vera Reiß nahm zu den aktuellen Themen der beruflichen Bildung Stellung, und die drei Kandidatinnen der Landtagsfraktionen vertraten in einer Podiumsdiskussion ihre Positionen zu den im Vorfeld erarbeiteten „Wahlprüfsteinen“ des VLW Rheinland-Pfalz. Die Diskussion war in weiten Teilen bestimmt vom Mega-Thema „Flüchtlinge“ und deren Beschulung an den beruflichen Schulen des Landes. Aber auch die Aussagen zu den „Dauerbrennern“ der Diskussion sollten Ihre Beachtung in dem

vorliegenden Heft finden. Zu Ihrer Information sind die Reden der Ministerin und die Stellungnahmen der Fraktionen im Heft abgedruckt.

Die Beschulung der minderjährigen Flüchtlinge sowie auch der über 18jährigen stellt eine große Herausforderung für das BBS-System in Rheinland-Pfalz dar, das ja ohnehin erheblich größere Unterrichtsausfälle verkraften muss als die meisten allgemeinbildenden Schulen. Die Gewinnung von Fachkräften für die Vermittlung der deutschen Sprache steht hier erst einmal im Mittelpunkt; das Ministerium bildet sogenannte „BVJ-S“-Klassen, in denen schwerpunktmäßig Sprachqualifikationen vermittelt werden sollen, aber auch Kenntnisse der deutschen Kultur und unseres Rechtssystems. Woher soll man die Lehrkräfte für das Fach „Deutsch als Zweitsprache“ nehmen, wie soll das alles finanziert werden, wie können die Schulen das organisa-



torisch und personell stemmen? Unser Verband wird sich dafür einsetzen, dass Immigranten hier willkommen geheißen und integriert werden. Das kann aber nicht auf dem Rücken der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes allein ausgetragen werden.

Wir alle sehen mit Spannung den Tagen nach der Landtagswahl entgegen. Unser Verband ist mit allen Fraktionen des Landtages seit Jahren in ständigem und gutem Kon-

takt. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind aufgefordert, die Antworten der Fraktionen auf unsere „Wahlprüfsteine“ zu bewerten und die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Wir bedanken uns bei den Fraktionen für ihre

Aussagen und sind offen für weitere Gespräche nach den Wahlen und der Regierungsbildung.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünscht der Landesvorstand des VLW ein gesundes, er-

folgreiches und spannendes Jahr 2016!

Karl-Heinz Fuß
vLW-Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz

Begrüßungsrede von Karl-Heinz Fuß zum Tag der kaufmännischen Schule am 28.9.2015 in Kaiserslautern

Begrüßung

Herzlich willkommen, meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zum VLW-Tag der kaufmännischen Schule hier in Kaiserslautern.

Das Thema „Perspektiven der kaufmännischen Bildung an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz“ haben wir gewählt, weil wir gespannt darauf sind, wie es an unseren Schulen weitergehen wird. Gespannt deshalb, weil sich derzeit vieles verändert. Seit einigen Jahren ist es die Demografie, die unsere Schülerzahlen reduziert. Immer mehr junge Menschen möchten studieren gehen und wählen den direkten Weg über das Gymnasium zur Hochschule oder Universität. Der Fachkräftemangel ist die Konsequenz, es gibt aber auch eine hohe Zahl an Studienabbrechern. Die Inklusion war in den letzten Jahren in aller Munde, abgelöst nun in der Aktualität von der Flüchtlingskrise. All das sind Themen, die unsere Kolleginnen und Kollegen an den Schulen betreffen, Themen, die sich früher oder später auf unseren Schulalltag auswirken werden.



Wir haben Sie deshalb für heute eingeladen, weil wir gespannt sind, wie es aus Sicht der Politik weitergehen soll.

Und ich freue mich, dass ich Sie heute hier begrüßen darf. Ganz besonders freue ich mich, dass Sie, Frau Ministerin Reiß, unserer Einladung gefolgt sind und für uns heute die Eröffnungsrede sprechen. Wir sehen das als Zeichen Ihrer Wertschätzung gegenüber der kaufmännischen Bildung und freuen uns sehr, dass Sie da sind. Herzlich willkommen Frau Reiß! Ebenso herzlich willkommen heiße ich die bildungspolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen, Frau Bettina Brück von der SPD-Fraktion, Frau Bettina Dickes von der CDU und Frau Ruth Rat-

ter von Bündnis 90/Die Grünen. Sie stehen uns heute für einen sehr spannenden Tagesordnungspunkt zur Verfügung. Danke, dass Sie heute hier sind, um mit uns auf dem Podium über die Perspektiven unserer berufsbildenden Schulen nach der kommenden Landtagswahl zu diskutieren. Ich möchte nun weitere geladene Gäste namentlich begrüßen, bitte aber darum, mit dem Applaus zu warten, bis ich die Begrüßung abgeschlossen habe.

Ich begrüße

- Herrn Ulrich Winter von der Abteilung 4A für berufsbildende Schulen im MBWWK;
- Frau Ingrid Uhlig vom Ref. 36 der ADD Neustadt in Vertre-

- Herrn Dr. Thorsten Ralle, Vorsitzender des Landeselternbeirates in RLP;
- Frau Dr. Angelika Rehm, Bundesvorsitzende des VLW; Fachkongress in Berlin
- Herrn Jürgen Kettner vom dbb Rheinland-Pfalz
- Herrn Martin Lützenkirchen vom pädagogischen Landesinstitut in Bad Kreuznach
- Herrn Frank Puschof, Schulleiter der BBS Wirtschaft in Worms und Sprecher der AdBS im Bezirk Neustadt,
- Herrn Joachim Veigel von der Mainzer Steinhöfelschule und Vertreter des Privatschulverbandes

vom Studienseminar in Mainz begrüße ich

- Herrn Prof. Dr. Markus Böhner, Leiter des Studienseminars BBS in Mainz; besondere Wertschätzung, dafür, dass Sie heute hier sind, denn schon in 2 Tagen sitzen Sie im Flugzeug in Richtung Sri Lanka, wo Sie für 2 Jahre im dortigen Bildungsministerium tätig sein werden;

Von den befreundeten Verbänden begrüße ich

- Herrn Christoph Ringhoffer und Herrn Harry Wunschel vom VLBS;
- Und Herrn Wolfgang Wunschel vom Verband Reale Bildung;

Ebenso herzlich begrüße ich unsere Ehrenmitglieder die heute anwesend sein können:

- Frau Helga Giebson,
- Frau Nortrud Hummel,
- Herrn Georg Jooß
- Und Frau Elisabeth Pollak

Ich freue mich, dass Sie heute hier dabei sind.

(falls anwesend: Namentlich begrüßen möchte ich auch Herrn Fritz Pfaff, Schulleiter der BBS II WuS hier in Kaiserslautern.)

Sehr gerne hätten wir die heutige Veranstaltung an der BBS II WuS in der neuen Aula durchgeführt. Bis zu den Sommerferien waren wir noch voller Zuversicht, dass die neuen Räume bis heute fertiggestellt werden können. Es wird jedoch noch einige Tage dauern bis alles übergeben werden kann und so sind wir heute hier in den exklusiven Räumen des Fritz-Walter-Stadions, das durchaus als eines der Wahrzeichen der Stadt

Kaiserslautern gesehen wird, auch der fußballerische Erfolg hat sich ja jetzt in Bochum wieder eingestellt.

Und ich freue mich, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus den Schulen so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind und heute mit dabei sind.

Herzlich willkommen!

1. Bedeutung der kaufmännischen Bildung

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

weshalb veranstaltet der VLW den Tag der kaufmännischen Schule?

Wir wollen mit diesem Tag auf die Bedeutung der kaufmännischen Bildung aufmerksam machen. Leider beobachten wir in jüngster Zeit, dass das Kaufmännische hier im Lande aus dem Blick gerät. Vorrangig befasst sich berufliche Bildungspolitik derzeit mit Themen, die für die berufliche Bildung insgesamt gelten bzw. mit den Bereichen, die in Not geraten sind, z.B. mit den typischen Mangelfächern im gewerblich-technischen Bereich oder in den Pflegeberufen.

Das Kaufmännische wird gerne als „gut geölte Maschine“ betrachtet, die läuft, ohne dass sich man sich darum Sorgen machen müsste. Das ist jedoch eine gefährliche Haltung, wenn man sich bewusst macht, wie wichtig die kaufmännische Bildung ist. Ich möchte es am Beispiel der 10 beliebtesten Ausbildungsberufe verdeutlichen. Diese 10 Berufe umfassen zum Stichtag 30. September 2014 insgesamt 186 291 (von 522 131) Auszubildende. Von diesen 186 Tausend sind 140 197



im kaufmännischen Bereich, d.h. 75% der Auszubildenden in den TOP-10-Berufen werden im kaufmännischen Bereich ausgebildet. Auch im vollzeitschulischen Bereich liegt ein großer Anteil bei den kfm. Bildungsgängen.

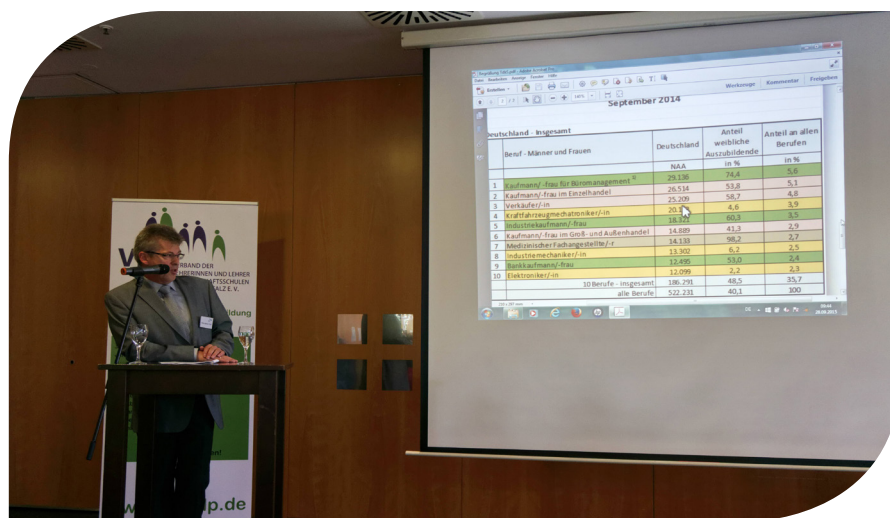
Von den insgesamt etwa 6000 Lehrkräften an berufsbildenden Schulen sind aktuell 1/3 mit der Lehrbefähigung BWL (1791) oder Bürowirtschaft (143) unterwegs. (Das bedeutet, dass jedes Jahr ein Drittel der Neueinstellungen in diesen Fächern erfolgen müsste). Ob dies noch umgesetzt wird, ist eine Frage, die von der ADD zu beantworten wäre. Klar ist jetzt schon, dass Bewerber aus anderen Bundesländern eingestellt werden müssen, um den Bedarf im Land zu decken. Hinzu kommen die vielen Lehrkräfte mit allgemeinbildenden Fächern, die für den Unterricht in kaufmännischen Bildungsgängen gebraucht werden.

Und nun, Frau Ministerin Reiß, erlauben Sie mir eine kritische Anmerkung:

Die Größenordnung der kfm. Bildung spiegelt sich nicht wieder

- in der Summe der Anwärterinnen und Anwärter im Vorbereitungsdienst für berufsbildende Schulen
- bei der Zahl der Neueinstellungen
- in der Summe der fachlich angebotenen Fortbildungsveranstaltungen
- bei der personellen Besetzung der Referenten, sowohl in Ministerium als auch in der ADD, wo nur noch sehr vereinzelt Kaufleute zu finden sind.

Stattdessen ist eine Verwässerung der kaufmännischen Bildung zu beobachten. Dies beginnt mit



Begrifflichkeiten, wenn z.B. in der Statistik bei der Lehrbefähigung nicht mehr von Betriebswirtschaftslehre oder Volkswirtschaftslehre die Rede ist, sondern nur noch lapidar der Begriff „Wirtschaft“ verwendet wird.

Ein weiteres Beispiel ist die Meinung, die ich in letzter Zeit annehme, dass es für die Leitung einer kaufmännischen Schule oder Abteilung keines Funktionsträgers mehr mit kaufmännischer Lehrbefähigung bedarf. Ich warne ausdrücklich davor, unser fachliches Profil aufzugeben, denn damit geben wir unsere Legitimation als beruflich qualifizierende Institution auf. Wenn wir uns damit zufriedengeben, dass wir in einem Niveau unterwegs sind, in das sich jeder Beliebige innerhalb kurzer Zeit einarbeiten kann, dann haben wir unser sehr gutes Ansehen in der Wirtschaft schon bald verspielt, meine Damen und Herren, dann werden wir alle sehr schnell überflüssig sein und zum Spielball der Politik werden.

Der VLW sieht es als Verband der Lehrkräfte an kaufmännischen Schulen als seine Aufgabe, auf diese Fehlentwicklung hinzuweisen und eine entsprechende Nachsteuerung zu fordern. Unsere berufsbildenden Schulen müs-

sen leistungsfähig bleiben, um ihrer gesellschaftlichen Aufgabe der beruflichen Qualifizierung künftiger Fachkräfte gerecht zu werden.

2. Standortsicherung – Schulstruktur

Unsere Schulen müssen aber nicht nur leistungsfähig, sondern auch lebensfähig bleiben.

Es bereitet uns Sorge, dass die berufsbildenden Schulen in den ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz zunehmend in Bedrängnis geraten. Dies ist einerseits demografisch bedingt, andererseits aber auch ein politisch hausgemachtes Problem. So läuft die Einrichtung von Fachoberschulen an den RS plus und der Aufwuchs von zusätzlichen IGS-Oberstufen der Sicherung von BBS-Standorten zuwider. Es hilft uns zwar, wenn die Pause-Faktoren für die Berufsschule verbessert werden, dass dies allerdings auf Kosten unserer Wahlschulbildungsgänge geschieht, das halten wir für äußerst bedenklich. Es schwächt unsere Wahlschulbildungsgänge und damit die BBS insgesamt. Wir begrüßen hingegen jede Art von Bestreben, die bestehenden BBS-Standorte zu stärken. Dazu zählt der Schulversuch BS 20

ebenso wie die angekündigten Tage der Berufsorientierung, die auch für die Gymnasien des Landes verpflichtend eingeführt werden sollen.

Das Besondere an einer BBS ist, dass sich dort ein Pool an Kompetenzen zusammen findet. Selbst kleine Bündelschulen haben BWL-Lehrkräfte in zweistelliger Zahl. Diese sichern gemeinsam die Qualität des Unterrichts in ihrem Fachbereich, denn sie entwickeln gemeinsam Jahresarbeitspläne und können sich gegenseitig vertreten, um nur ein Beispiel zu nennen.

Gelegentlich werden die berufsbildenden Vollzeitbildungsgänge politisch in Zweifel gezogen, es sei schließlich die Berufsschule im dualen System, die unseren volkswirtschaftlichen Erfolg ausmache. Ich denke, das ist zu kurz gedacht, denn, eine berufsbildende Schule kann, insbesondere in der Fläche, alleine mit der Berufsschule nicht überleben, da sie nicht genug Beschäftigungsmöglichkeit für die Kolleginnen und Kollegen bieten würde.

Zudem werden die vollzeitschulischen Wahlbildungsgänge benötigt, um diejenigen jungen Men-



schen beruflich zu qualifizieren, denen noch Orientierung fehlt, oder die aus vielfältigen Gründen keinen Ausbildungsplatz bekommen konnten. Die Angriffe auf die höhere Berufsfachschule halten wir für sehr gefährlich, weil genau diese Schulart, in der ca. 10 000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, von besonderer Bedeutung für die Vorbereitung auf eine duale Berufsausbildung ist. Auch im Hinblick auf die Qualifizierung von Flüchtlingen, die aufgrund der fehlenden Deutschkenntnisse in den Gymnasien (zunächst) nicht Fuß fassen können, stellen die höheren Berufsfachschulen eine ideale Möglichkeit dar, um Deutschkenntnisse zu vertiefen und gleichzeitig an berufsbezogenem Unterricht teilzu-

nehmen.

Mit Blick auf den Aufwuchs bei den IGSn sind wir als Berufsbildner davon überzeugt, dass der bei uns erteilte berufsqualifizierende Unterricht die bessere Wahl für Schülerinnen und Schüler darstellt. Der Besuch eines beruflichen Bildungsganges erleichtert den anschließenden Einstieg ins Arbeitsleben, und ist dabei gleichwertig zur allgemeinen Bildung. Damit stehen alle Wege für ein Studium offen und das in jeder Fachrichtung.

Wenn sich jedoch zeigen sollte, dass ein Studium eben doch nicht der passende Weg für die Zukunft ist, dann sind unsere Schülerinnen und Schüler bestens auf eine anschließende Berufsausbildung im dualen System vorbereitet.

Der Streit zwischen RS plus und BBSn, der durch Einführung der FOS entstanden ist, ist bedauerlich, da sich beide Schularten gegenseitig ergänzen, einander sogar benötigen. Sie sollten eigentlich intensiv kooperieren. Genau da sehe ich die eigentliche sinnvolle bildungspolitische Zukunft in unserem Land. Eine enge Verzahnung zwischen Realschule und berufsbildenden Schulen mit



ausschließlich berufsqualifizierenden Bildungsgängen in der Sekundarstufe 2, die alle Abschlüsse bis hin zum Abitur und zum anschließenden Studium bieten.

3. Lehrkräftenachwuchs

Schon seit einigen Jahren warnt der VLW davor, sich beim Thema Unterrichtsversorgung im kaufmännischen Bereich in allzu großer Sicherheit zu wagen. Die Umstrukturierung des Studiengangs Wirtschaftspädagogik in einen Bachelor/Master Studiengang ging zunächst noch einigermaßen geräuschlos vonstatten. Problematisch wurde es dann jedoch mit der Einführung des Masters of Education, bei dem es von Anfang an zu Streitigkeiten zwischen dem Ministerium und dem Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik kam. Letztendlich wurde der Master of Education in einer Form eingeführt, die nicht die Zustimmung des Lehrstuhls fand. Dies hatte zur Folge, dass sich ein großer Teil der Studierenden für den Studiengang „Master of Science“ entschieden hat. Dies führte jedoch nach Ablauf der Übergangsphase dazu, dass der Abschluss nicht mehr zum Referendariat in Rheinland-Pfalz berechtigt. Also was passiert mit den Absolventen? Sie



müssen in die benachbarten Bundesländer, um dort den Vorbereitungsdienst zu durchlaufen. Dass sie danach nach Rheinland-Pfalz zurückkehren ist zwar möglich, aber nicht gewährleistet. Aber mal ernsthaft nachgedacht, ist es nicht unsinnig, diesen Absolventen in RLP den Vorbereitungsdienst zu verwehren, nur wegen des politischen Zieles, möglichst viele Studierende für den Studiengang Master of Education zu gewinnen? Bereits in der Expertenkommission und auch in einer Vielzahl von Gesprächen mit unserer damaligen Bildungsministerin Doris Ahnen habe ich davor gewarnt, dass im Bereich der Wi-Päd-Absolventen ein Schweinezyklus zu befürchten ist. Heute ist es so, und das ist harter Fakt, dass nur

noch wenige Wirtschaftspädagogen in den Studienseminaren ankommen und dass Bewerber aus anderen Bundesländern eingestellt werden müssen, um den Bedarf im Land zu decken. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren verstärken, wenn nicht schnell nachgesteuert wird. Eine erste und einfache Maßnahme wäre hierfür die Zulassung der Master of Science-Absolventen zum Quereinstieg fürs Referendariat in RLP. Es schmerzt zu hören, dass kaufmännische Bildungsgänge an der BBS nicht mehr angeboten werden können, weil es an BWL-Lehrkräften fehlt!

4. Flüchtlingsströme

Nun aber zu den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir auch an den berufsbildenden Schulen stehen. Es sind die unerwartet hohen Flüchtlingsströme, die nach Rheinland-Pfalz und auch an unsere Schulen kommen. Viele der Flüchtlinge werden auf Dauer in Deutschland bleiben und es geht darum, die Chance zu nutzen und die oft elternlosen Jugendlichen auf Leben und Arbeiten in unserem Land vorzubereiten. Es geht darum, dass wir gesellschaftlich integrierte und gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen, die Steuern und Sozi-





alabgaben bezahlen und sich in Deutschland wohlfühlen und anerkannt werden. Wir, Kolleginnen und Kollegen an den BBSn, sehen es als unseren Auftrag, hierzu unseren Beitrag zu leisten.

Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, man könnte einen jungen Menschen, der bislang lediglich mit der arabischen oder einer semitischen Schrift vertraut war, innerhalb kürzester Zeit für unseren Arbeitsmarkt gewinnen. Nein, hier ist Geduld und vor allem der entsprechende Lehrkräfteeinsatz gefragt, um diese Aufgabe zu bewältigen, für die ein Zeitraum von mehreren Jahren einzuplanen ist. Wer jetzt bei der Bildung der jungen Zuwanderer spart, verpasst die Chance der Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft. Der Prozess der Integration ist langwierig und kostspielig, aber nur so kann am Ende ein Gewinn daraus werden. Wir fordern deshalb, entsprechende Fortbildungsangebote für unsere Deutsch-Lehrkräfte für den Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ nun sehr schnell zur Verfügung zu stellen. Zudem brauchen wir zusätzliche Schulsozialarbeitsstunden, um den traumatisierten Jugendlichen eine Anlaufstelle innerhalb der Schule und da-

mit eine Entlastung für unsere Lehrkräfte zu bieten. Durch die Flüchtlinge wird sich die Heterogenität in unseren Klassen weiter erhöhen, weshalb auch an unseren Schulen Möglichkeiten zum team-teaching geschaffen werden sollten. (Erste kleine Ansätze gibt es in der Berufsfachschule 1, wo 4 Lehrerstunden pro Woche im Entscheidungsfreiraum der Schule vergeben werden können. Das sind positive Weichenstellungen, die uns helfen.) Aber auch die Sachausstattung einer Schule, z.B. mit modernen Medien, und die Klassengrößen müssen in den Blick genommen werden.

Wir brauchen für diese anspruchsvolle Aufgabe die Unterstützung der Politik, damit sie letztendlich

erfüllt werden kann. Allein mit der Aussage „Wir schaffen das!“ werden wir nicht weit kommen.

5. Inklusion

Dasselbe gilt für die Umsetzung der Inklusion an unseren Schulen. Die Vorgabe der UN-Behinderntenrechtskonvention stellt klar, dass auch für behinderte Menschen Schulplätze im öffentlichen System vorhanden sein müssen. Auch dieser Aufgabe wollen wir uns gerne stellen, doch wir brauchen dringend die passenden Mittel dazu, d.h. auch hier einerseits die Sachausstattung, andererseits die personelle Unterstützung durch entsprechend geschulte Kräfte. Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen passende Fortbildungsangebote, was aber nicht bedeuten kann, dass sie alleine diese Aufgabe zusätzlich bewältigen können. Der Anfang, der nun mit dem inklusiven BVJ gemacht wird, ist ein erstes Signal, aber ich denke, es ist jedem klar, dass mit dem BVJ die Inklusion nicht endet, sondern dass diese auch auf die weiterführenden Bildungsgänge der BBSn zukommen wird. Deshalb hier meine Aufforderung an die Politik, auch an die BBSn zu denken und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir erin-



nen uns noch sehr gut an die 200 zusätzlichen Stellen, die von Prof. Klemm für die Umsetzung der Inklusion empfohlen wurde. Nur, dabei wurden die berufsbildenden Schulen schlichtweg vergessen! Keine dieser Stellen war für BBSn vorgesehen. So kann Inklusion nicht funktionieren, meine Damen und Herren. Hier bedarf es dringender Personalzuweisungen auch für BBS.

6. Lehrer*ergesundheit

Bei all den anspruchsvollen Aufgaben, denen wir durchaus bereit sind uns zu stellen, gibt es jedoch zu beachten, dass diese erfüllbar sein müssen. Neben den Rahmenbedingungen betrifft dies auch die spezifischen gesundheitlichen Belastungen, die der Lehrerberuf mit sich bringt. Es gibt eine ganze Reihe positiver Weichenstellungen zu vermerken, wie z.B. die Einrichtung des Instituts für Lehrer*ergesundheit oder Angebote vom PL eben zu dieser Thematik. Was uns jedoch aktuell stark aufstößt, ist die Neuregelung in der Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung zur Altersermäßigung. Während bisher klar geregelt war, dass es ab dem Schuljahr, in dem das 63. Lebensjahr vollendet wird, 3 Deputatsstunden Altersermäßigung



gibt, wurde die Regelung nun dahingehend verschoben, dass es diese 3 Stunden erst ab dem vorletzten Schuljahr vor Erreichen der Pensionsaltersgrenze geben wird. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen wurden von dieser Neuregelung eiskalt erwischt. Gleich zwei Ärgernisse sind damit verbunden. Zunächst, dass in Anlehnung an das um ein Jahr erhöhte Pensionseintrittsalter, auch die Altersermäßigung nach hinten verschoben wird, als ob sich an der Belastbarkeit im 63. Lebensjahr etwas verändert hätte.

Das zweite Ärgernis ist der Eindruck, als ob die Regelung nun bewusst so gestaltet wurde, um für weitere Anhebungen der Pensionsaltersgrenze gerüstet zu sein.

Das ist unlauter und widerspricht der Fürsorgepflicht durch unseren Dienstherrn. In der Schule haben wir nur wenige Möglichkeiten, älteren Kolleginnen und Kollegen weniger belastende Aufgaben zuzuweisen. Die besonderen Lasten des Lehrerberufs können nicht einfach wegargumentiert werden. Es muss noch viel mehr getan werden, um unsere spezifischen Belastungen anzuerkennen und entsprechende Präventionsmaßnahmen anzubieten.

Hier wird an der falschen Stelle gespart und ich fordere Sie auf, nachzubessern im Interesse einer funktionierenden Schule mit gesunden Kolleginnen und Kollegen, die gerne ihren Beruf ausüben und nicht von der Last erdrückt werden.

Das Gleiche gilt im Hinblick auf die im Jahr 2016 auslaufende Regelung zur Altersteilzeit. Ich fordere die anwesenden Politiker auf, die Altersteilzeitregelung weiter zu verlängern, damit Kolleginnen und Kollegen, die Möglichkeit bleibt, vorzeitig in Würde aus der aktiven Lehrtätigkeit auszusteigen oder im Teilzeitmodell, die Last zu verringern.



Zum Schluss meiner Einführung

Im Hinblick auf die Landtagswahl würde es mir nicht schwerfallen, eine sehr lange Liste unserer Wünsche, Erwartungen und Hoffnungen vorzutragen. Ich möchte dies aber abkürzen, indem ich diese auf eine Perspektive reduziere nämlich auf die der Attraktivität unseres Berufes. Nie habe ich es bereut, diesen interessanten Beruf gewählt zu haben, aber ich meine, der Beruf muss attraktiv bleiben im Hinblick auf

1. unsere Professionalität (dabei denke ich an Fortbildungsangebote und die pädagogischen Unterstützungssysteme)
2. bei den Rahmenbedingungen und der Ausstattung der Schulen (z.B. bei den Klassengrößen und den modernen Medien)
3. beim Ansehen in der Öffentlichkeit (professionelle



4. bei der Besoldung (Lüften des Deckels ein positives Signal, das aber kein einmaliges Wahlgeschenk sein darf)
5. im Hinblick auf die Beförderung nach A14 (unerträglicher Beförderungstau) und schließlich
6. auf die Aufstiegs- und Karriereöglichkeiten in unserem System (wenn wir gute Leute wollen, müssen wir Perspekti-

ven bieten, sonst werden sich diese gar nicht erst für diesen Beruf entscheiden;)

Ich wünsche Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen für heute eine interessante Veranstaltung hier in Kaiserslautern, und bin nun sehr gespannt, auf die Worte unserer Ministerin.

Dankeschön!

Rede.....

Was hat Fritz Walter mit dem Tag der kaufmännischen Schule zu tun?

Nicht nur, dass uns das Stadion, das seinen Namen trägt, heute beherbergt, nein: Fritz Walter hat noch mehr damit zu tun. Er war

nämlich nicht nur Fußballnationalheld, er war auch – Bankkaufmann.

Und in beiden Funktionen war er in gewisser Weise Teil des ‘Gründungsmythos’ unserer Republik.

Als Fußballer, weil das Wunder von Bern ja für viele die inoffizielle, mentale Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland war. Und als Bankkaufmann, weil auch die duale Ausbildung, weil auch das Kaufmannswesen zu diesem bundesrepublikanischen Gründungsmythos gehören. Sie sind Teil des deutschen Wirtschaftswunders, ganz wie die Stimme



von Herbert Zimmermann Teil des Weltmeisterschaftsfinals 1954 ist.

Fritz Walter, der als Fußballheld und Bankkaufmann zwei Facetten der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte repräsentiert, ist also ein guter Namenspatron für den heutigen Tag der kaufmännischen Schule.

Lassen Sie uns also über die kaufmännische Bildung in unserem Land reden. Lassen Sie uns dabei aber keinen Gegensatz und keine Konkurrenz zwischen den Bildungsgängen aufmachen.

Wenn wir über die Perspektiven der kaufmännischen Bildung sprechen wollen, dann geht das nicht losgelöst von den Perspektiven der beruflichen Bildung in ihrer Gesamtheit. Jedenfalls nicht, wenn wir die Herausforderungen vor denen wir – gerade wegen des demografischen Wandels – stehen für unsere Berufsbildenden Schulen und für die kaufmännische Bildung bewältigen wollen. Das geht nur gemeinsam und mit einem Gesamtkonzept.

Deswegen, sehr geehrter Herr Fuß, möchte ich sehr gern heute über kaufmännische Bildung sprechen, ich möchte das aber



immer auch mit dem Verweis auf die gesamte berufliche Bildung in unserem Land tun – also auf jene Erfolgsgeschichte, die uns einst das Wirtschaftswunder brachte und uns heute durch die Weltwirtschaftskrise führt.

Denn die berufliche Bildung ist in ihrer ganzen Breite weltweit anerkannt und bewundert.

Lassen Sie uns dabei über Perspektiven sprechen, aber lassen Sie uns diese Perspektiven – auch wenn es verlockend ist in diesen Tagen – nicht in Legislaturperioden einteilen.

Denn so wie die berufliche Bildung an unseren Berufsbildenden

Schulen unsere Wirtschaft seit mehr als 60 Jahren trägt, wie sie seit mehr als 60 Jahren der Grundstein für Erfolg und Zufriedenheit von Millionen Menschen ist und wie sie seit mehr als 60 Jahren das Leben dieser Menschen für viele Jahrzehnte auf ein solides Fundament stellt, so wird sie das auch nach der Landtagswahl 2016 tun. Unsere Aufgabe ist es, diese Erfolgsgeschichten fortzuschreiben und dort, wo es nötig ist, behutsam weiterzuentwickeln. Langfristig und im Konsens. Damit wir eben gerade keine Bildungspolitik für eine Legislaturperiode machen.

Bildungspolitik braucht Konstanz. Sie braucht Struktur. Und wo sie Innovationen braucht, braucht sie breite Unterstützung: von Ihnen, den Lehrerinnen und Lehrern, den Verbänden, den Eltern und den Schülerinnen und Schülern. Und ganz besonders in der beruflichen Bildung auch von den Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land.

Dann kann sie das große sozial- und wirtschaftspolitische Ziel erfüllen, das wir mit ihr verbinden: den Schülerinnen und Schülern die bestmögliche Perspektive für



ein erfülltes Leben zu bieten. Und dazu gehört auch ein erfülltes Arbeitsleben.

Aber wie soll dieses erfüllte Arbeitsleben aussehen?

Das ist vielleicht die wichtigste Frage für die Schülerinnen und Schüler in unserer Zeit. Sie steht ganz am Anfang.

Wenn wir über die Perspektiven der beruflichen Bildung im Allgemeinen und über die Perspektiven der kaufmännischen Bildung im Besonderen sprechen, müssen wir deshalb dort beginnen, wo die Schülerinnen und Schüler die Frage für sich beantworten: Welchen Beruf will ich?

Denn heute kann jeder und jede den individuell passenden Weg nehmen. Nur, welcher Weg passt? Damit sie das herausfinden können, müssen wir den Schülerinnen und Schülern eine Landkarte an die Hand geben, eine Karte, auf der all die Berufswege verzeichnet sind, die ihnen offen stehen. Und wir müssen ihnen zeigen, wie sie diese Karte benutzen.

Es geht im wahrsten Sinne des Wortes um Orientierung. Und weil die in unserer komplexen Berufs-



welt immer schwieriger wird, haben wir sie zu einem Schwerpunkt der Bildungspolitik gemacht.

Gemeinsam mit unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer habe ich am 21. Juli 2015 unser neues, verbindliches Beratungskonzept für alle rund 400 weiterführenden Schulen des Landes vorgestellt. Es gilt für Realschulen plus, Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen gleichermaßen.

Der Titel: „Kompetent in eigener Sache – Zukunft läuft“. Das Ziel: Berufs- und Studienorientierung. ^

Es geht also um jene Zeit im Leben, in der zwei Metaphern in unser Bewusstsein treten: die Karriereleiter und der Lebensweg.

Und es geht darum, Ersteres auf Letzterem aufzustellen.

Dabei brauchen die Schülerinnen und Schüler Hilfe und Rat, wie jede und jeder von uns in dieser Phase einmal Hilfe und Rat brauchte.

Deshalb haben wir viele Ratgeberinnen und Ratgeber gewonnen: die Kammern, Wirtschaftsorganisationen, die Hochschulen und die Bundesagentur für Arbeit. Sie alle machen mit und sie alle werden wissenschaftlich begleitet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung.

Das Ziel, das wir damit verbinden, ist: Mehr Informationen – und das nicht nur über die Studienwahl, sondern auch über die Möglichkeiten, die die Berufsausbildung im dualen System bietet. Denn diese Möglichkeiten sind vielfältig. Man muss es nur wissen. Und deswegen müssen wir es den Schülerinnen und Schülern sagen. Das machen wir; und vom kommenden Jahr an machen wir das in allen Schulformen ab der achten Klasse zusätzlich an Tagen der Berufsorientierung.

All die Partnerinnen und Partner, die ich gerade genannt habe, ge-



ben den Schülerinnen und Schülern dann Informationen aus erster Hand, wecken Neugierde und Interesse und sicher auch Begeisterung.

Ihre Expertise, die Expertise der Lehrerinnen und Lehrer an den Berufsbildenden Schulen unseres Landes, ist dabei von unschätzbarem Wert für die Berufs- und Studienorientierung.

Ich bin überzeugt davon, dass die Tage der Berufsorientierung auch ganz besonders die vielfältigen Möglichkeiten der Berufsausbildung im dualen System sichtbar machen werden und das wird auch den kaufmännischen Berufen zugutekommen.

Die kaufmännischen Berufe sind schon heute besonders beliebt; etwa ein Drittel der Auszubildenden will Kaufmann oder Kauffrau werden. Das ist ein enormer Anteil.

All diese Auszubildenden betreten damit ein Berufsfeld, das sich in den vergangenen Jahren drastisch gewandelt hat. Der schnelle Wandel der Arbeitswelt, die neuen Medien, all das verändert auch die Berufsbilder. Und das in einem rasanten Tempo.



Wo früher zum Beispiel eine Bürokauffrau und ein Kaufmann für Bürokommunikation und eine Fachangestellte für Bürokommunikation drei unterschiedliche Berufe lernten, vereint der Kaufmann für Büromanagement sie heute alle in einem. Andere Berufe wiederum haben sich ausdifferenziert, viel neues Wissen ist hinzugekommen, anderes hat ausgedient.

Dieser Wandel der Berufe, wandelt auch die berufliche Bildung und mit ihr die Berufsbildenden Schulen.

Sie alle erleben das jeden Tag und noch viel wichtiger: Sie gestalten diesen Wandel jeden Tag.

Ihr Engagement und Ihre Expertise bereiten die Schülerinnen und Schüler an den Berufsbildenden Schulen auf das vor, was das neue, schnelle Arbeitsleben von Ihnen erwartet.

Und dafür möchte ich Ihnen und Ihren 7000 Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag in etwa 6000 Klassen an unseren Berufsbildenden Schulen unterrichten, heute herzlich danken.

Dank Ihnen garantieren unsere Berufsbildenden Schulen Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung in unserem Bildungssystem. Dank Ihnen wird aus der Vielfältigkeit der Schülerinnen und Schüler an den Berufsbildenden Schulen Vielfältigkeit der Chancen.

Dank Ihnen legen gerade 120.000 Schülerinnen und Schüler an den Berufsbildenden Schulen unseres Landes den Grundstein für ein erfolgreiches Leben.

Anrede, wir lesen heute oft, dass ein Gegensatz aufgemacht wird zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung.

Aber wie man es dreht und wendet:



Wer diesen Gegensatz aufmacht, der sagt entweder den 120.000 Schülerinnen und Schülern an unseren Berufsbildenden Schulen oder den etwa 120.000 Studierenden an unseren Hochschulen, dass sie etwas falsch gemacht haben, dass sie etwas anderes tun sollen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Gegensatz uns nicht weiterführt. Es gibt hier keinen Gegensatz, es hat niemand etwas falsch gemacht.

Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig, sie sind zwei Seiten einer Medaille.

Wir brauchen Meister und wir brauchen Master. Und wenn es zum Lebensweg passt, dann brauchen wir auch Meister mit Master.

Deswegen bedeutet hier in Rheinland-Pfalz die Entscheidung für die duale Ausbildung keine Entscheidung gegen das Studium. Wir haben die Hochschulen für die Menschen geöffnet, die sich beruflich qualifiziert haben.

Diese Durchlässigkeit erhöht auch die Attraktivität der beruflichen Bildung und sie bietet den Auszubildenden neue Perspektiven.



Deshalb reden wir, wenn wir über die Perspektiven der beruflichen Bildung reden, wenn wir darüber reden, welche Perspektiven berufliche Bildung hat und welche sie bietet, dann reden wir auch darüber, dass eine Ausbildung in Rheinland-Pfalz ein Startpunkt ist, von dem aus alle Wege offen stehen.

Und deswegen gibt es keinen Gegensatz zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Es gibt nur viele unterschiedliche Wege und unser Ziel ist es, dass keiner davon in einer Sackgasse endet.

Das können wir uns nicht leisten. Dafür sind die Herausforderungen zu groß, vor die uns der demografische Wandel stellt.

Denn auch darüber müssen wir sprechen, wenn wir über Perspektiven reden.

Wir schauen dabei aus zwei unterschiedlichen Richtungen auf unsere Berufsbildenden Schulen. Aus der einen schauen wir, wie sie uns helfen, auch in Zukunft genügend Fachkräfte für die Unternehmen in unserem Land auszubilden.

Aus der anderen Richtung schauen wir darauf, wie es uns gelingen kann, ein breites Angebot beruflicher Bildung in der Fläche zu erhalten, wenn es immer weniger junge Menschen und damit Auszubildende gibt.

Wir suchen aus beiden Richtungen Lösungen für den demografischen Wandel und letztlich müssen wir beide Blickwinkel zusammenführen, um diese Lösungen zu finden.

Denn die Zukunft der beruflichen Bildung ist in einem hohen Maße auch die Zukunft der Fachkräftesicherung.

Was also ist zu tun?



Wir müssen die Berufsbildenden Schulen weiterentwickeln. Kontinuierlich und mit Bedacht.

Wir haben dafür seit dem vergangenen Jahr die Empfehlungen der Expertengruppe.

Sie, der VLW, haben an diesen Leitlinien engagiert mitgearbeitet – gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, der anderer Lehrerverbände und -gewerkschaften, der Schulleitungen und des Landeselternbeirats. Diese Empfehlungen werden uns weit über das kommende Jahr hinaus begleiten, denn wir sprechen bei der Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen nicht über Hau-Ruck-Aktionen, sondern über eine langfristige Aufgabe, die dann aber auch lange trägt.

Deswegen gibt es zurzeit den Schulversuch BS20, Berufsschule 2020. Mit ihm erproben wir pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten, um die Berufsschule weiterzuentwickeln und die duale Ausbildung in der ganzen Fläche unseres Landes langfristig zu sichern.

Das besondere an den Konzepten, die wir in diesem Schulversuch erproben, ist, dass wir das Lernen



an der Berufsschule individualisieren und gleichzeitig durch berufsübergreifende gemeinsame Kurse verbreitern.

Im Rahmen des Modellversuchs BS20 analysiert das Pädagogische Landesinstitut gerade die Rahmenlehrpläne und entwickelt gemeinsam mit den Schulen ein Konzept zum berufsübergreifenden Lernen.

Vielversprechend sind die Ansätze zum Beispiel bei den Industriekaufleuten, den Kaufleuten für Büromanagement, den Kaufleuten im Groß- und Außenhandel, bei den Einzelhandelskaufleuten und den Verkäuferinnen und Verkäufern. Hier können die Auszubildenden beispielsweise bei

Beschaffung, Personal und Marketing gemeinsam und voneinander lernen.

Wir alle, Sie, die Lehrerinnen und Lehrer, der VLW, die Landesregierung – wir investieren viel Kraft, um die duale Ausbildung überall in unserem Land zu erhalten und zu sichern.

Ich weiß: Wir werden unser Ziel gemeinsam erreichen. Und ich bin ganz sicher, dass das, was wir unternehmen, auf breitem Konsens gegründet sein wird. Und das ist eine gute Perspektive für die berufliche Bildung.

Zu den Perspektiven gehört es in diesen Tagen auch, über die Herausforderung zu sprechen, Menschen in unserem Land aufzunehmen, die Zuflucht suchen.

Der Beitrag der Berufsbildenden Schulen wird dabei in den kommenden Jahren unschätzbar wertvoll sein, wie er es auch heute schon für viele Geflüchtete ist. Denn die Menschen, die zu uns kommen und die – wenn sich die Weltlage nicht schnell ändert – bei uns bleiben, wollen arbeiten. Sie wollen ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen in





So haben wir beispielsweise im vergangenen Jahr die Reform der Berufsfachschule I abgeschlossen und arbeiten gerade daran, das Berufsvorbereitungsjahr weiterzuentwickeln.

In diesem Schuljahr ist an fünf Standorten inklusiver Unterricht im Berufsvorbereitungsjahr gestartet mit Schülerinnen und Schülern, die den Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung haben.

ihrer neuen Heimat.

Dafür ist eine gute Ausbildung unerlässlich.

Für viele wird die Berufsbildende Schule deshalb das Tor in ihr neues Leben sein – in einer Ausbildung oder im Berufsvorbereitungsjahr oder weil sie zunächst noch die Berufsreife erwerben wollen.

Der erste Schritt ist es dabei immer, Deutsch zu lernen.

Deswegen haben wir die Mittel für Deutschintensivkurse aufgestockt und deswegen profitieren auch heute schon die Berufsbildenden Schulen, weil ihnen Lehrkräfte für die 15 bis 20 Stunden Deutschintensivkurse pro Woche zur Verfügung stehen.

Der Weg, den Geflüchteten Chancen zu bieten, ihnen Deutsch beizubringen, sie in die Gemeinschaft zu integrieren und ihnen ein erfülltes Arbeitsleben zu ermöglichen, wird für viele über die Berufsbildenden Schulen führen. Wir werden Sie, die Lehrerinnen und Lehrer, dabei unterstützen und Ihnen die nötigen Ressourcen bereitstellen.

Ich bin überzeugt davon, dass die Herausforderungen gerade angesichts des demografischen Wandels eine Chance für unser Land ist.

Anrede, lassen Sie uns auch einen Blick auf die anderen Bildungsgänge der Berufsbildenden Schule werfen. Denn die berufliche Bildung in unserem Land hat viele Facetten. Das weiß niemand besser als Sie.

Deshalb gehört zu der Frage der Perspektiven eine ganze Menge mehr als das, was ich bisher schon vorgetragen habe, und mehr als ich in der schon fortgeschrittenen Kürze hier vortragen kann. Ich will aber ein paar Punkte wenigstens anreißen.

Pro Klasse, in der inklusiver Unterricht stattfindet, erhalten die Schulen dann zusätzlich eine Förderschullehrkraft mit 20 Lehrerwochenstunden oder eine pädagogische Fachkraft mit 24 Wochenstunden. Und die Klassenmesszahl kann bei pädagogischem Bedarf von 16 auf 12 reduziert werden.

Eine wichtige Rolle, nicht nur, aber besonders in der Berufsfachschule I und dem Berufsvorbereitungsjahr, spielt die Schulsozialarbeit. Und obwohl die Schülerzahlen sinken, haben wir die Haushaltsmittel für die Schulsozialarbeit seit dem Jahr 2006 fast verdoppelt.

Heute gibt es an 60 öffentlichen



Berufsbildenden Schulen in unserem Land Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Insgesamt stehen 52 Vollzeitstellen dafür zur Verfügung. 2006 waren es noch 36.

Die Schulsozialarbeit hilft und unterstützt. Sie erhöht die Chancen der Schülerinnen und Schüler, die diese Hilfe und Unterstützung brauchen. Und so schafft auch sie Perspektiven – für jeden und jede Einzelne, aber auch für unsere Wirtschaft.

Denn eines ist klar: Wir können es uns nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch nicht leisten, Schülerinnen und Schüler in schwierigen Phasen allein und sie damit vielleicht zurückzulassen.]

Meine Damen und Herren, auch was die Höhere Berufsfachschule angeht, liegen unsere Positionen nicht weit auseinander.

Und weil die Höhere Berufsfachschule heute zunehmend eine Brückenfunktion einnimmt von der Schule in den Beruf, weil sie Jugendlichen ermöglicht, sich weiter zu qualifizieren, auch wenn sie noch keine Ausbildung gefunden haben, weil sie Jugendlichen ermöglicht, weiter zu ler-



nen, auch wenn sie sich über ihre beruflichen Ziele noch nicht klar sind, und weil sie benachteiligten Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bessere Chancen bietet, aus all diesen Gründen, halte ich es für erforderlich, grundsätzlich zu überlegen, wie wir die Höhere Berufsfachschule neu strukturieren.

Deshalb ist die angekündigte Änderung der Landesverordnung noch nicht umgesetzt, deshalb habe ich die umfassende strukturelle Weiterentwicklung der HBF in Auftrag gegeben.

Die Facharbeitsgruppe möchte und wird dabei auch gern auf Ihre Expertise, die Expertise des VLW, zurückgreifen.

Meine Damen und Herren, noch ein paar kurze Worte zur Unterrichtsversorgung an unseren Berufsbildenden Schulen. Auch sie gehört zu den Perspektiven.

Denn eines brauchen die Berufsbildenden Schulen vor allem anderen: gute und engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Und das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Deswegen haben wir in der Vergangenheit alle Hebel in Bewegung gesetzt, um gute Lehrkräfte für unsere Berufsbildenden Schulen zu gewinnen – was nicht einfach war, in einer Zeit, in der sich viel zu wenige Studierende für ein entsprechendes Lehramtsstudium entschieden haben.

Wir haben in diesen Jahren viele Seitenw und Quereinsteiger gewonnen. Das war ein Erfolg für die Schulen und für die Schülerinnen und Schüler.

Das Koblenzer Modell, also die gemeinsame Ausbildung von Lehrkräften an der Universität Koblenz-Landau und der Hochschule Koblenz, hat zudem geholfen, die Lage bei den gewerblich-technischen Mangelfächern zu entschärfen und uns bundesweit eine beachtete Vorreiterrolle beschert.



Im Vallendarer Modell werden nun Lehrkräfte für Pflege ausgebildet. Mit Hochschulen, die den Bedarf in Sozialpädagogik und Gesundheit decken können, stehen wir in Verhandlung. In den kaufmännischen Fächern ist die Lage schon längere Zeit weniger problematisch.

Und so war die Unterrichtsversorgung an Berufsbildenden Schulen im vergangenen Jahr so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Und auch wenn die Schulstatistik für dieses Schuljahr noch aussteht, lassen die ersten Rückmeldungen die Prognose zu, dass sie sich weiter verbessert hat.

Auch der Schulversuch „Stärkung von Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur (EQuL)“ hält Lösungen bereit, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern.

So verfügen EQuL-Schulen über ein Budget, um Lehrkräfte einzustellen. Damit können sie flexibel ihren Bedarf decken. Durch ein verbindliches Qualitätsmanagementsystem arbeiten sie systematisch an der Verbesserung ihrer Unterrichtsqualität.

Wir sind deswegen bestrebt, dass



über die heutigen 26 EQuL-Schulen hinaus in den kommenden Jahren möglichst viele weitere Berufsbildende Schulen EQuL-Schulen werden.

Damit wollen wir auch das selbstbestimmte Handeln in den Berufsbildenden Schulen weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt noch weiterreden und es wie der ehemalige amerikanische Vizepräsident Hubert Humphrey halten. Der sagte einst über seine eigenen Reden: „Ich fand Sie nie zu lang, ich habe jede Minute davon genossen“. Aber keine Sorge. Ich bin fertig, auch wenn es noch viel zu sagen gäbe.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Verbandstag. Und danke Ihnen noch einmal herzlich für Ihre Arbeit. Man darf ja nicht vergessen, dass Verbandsarbeit ehrenamtliche Arbeit ist.

Umso mehr sind wir dankbar, dass Sie sie tun und dass wir mit Ihrem Verband einen konstruktiven, manchmal kritischen, aber immer anpackenden und pragmatischen Partner an unserer Seite haben, wenn es darum geht, die berufliche Bildung in unserem Land weiterzuentwickeln.

Wir sind zwar nicht immer einer Meinung – aber das wäre ja auch langweilig.

In jedem Fall glaube ich, dass die Perspektiven für die Berufsbildenden Schulen in unserem Land trotz aller Herausforderungen gut sind und dass wir sie gemeinsam sogar noch besser machen werden.

Deshalb viel Erfolg auch in Zukunft!



Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

1. Welchen Stellenwert haben für Ihre Fraktion die Wahlschulen der Berufsbildenden Schule in unserem Bildungssystem?

- Für den VLW bilden die beruflichen Wahlschulen, insbesondere auch die Höhere Berufsfachschule, einen „Aufzug nach oben“.

- Auch die Klassengrößen sind für den Lernerfolg von erheblicher Bedeutung.

- Die geplanten Veränderungen für das Berufsvorbereitungsjahr sollten einhergehen mit einer entsprechenden Personal- und Sachausstattung.

2. Welche Vorstellungen haben Sie zur Beschulung von Flüchtlingen / Asylsuchenden an den berufsbildenden Schulen des Landes?

- Die Jugendlichen sollten entsprechend ihrer Qualifikationen in unserem Schulsystem beschult werden.

- Voraussetzung ist der Einsatz geeigneten Personals (z.B. Qualifikation im Fach „Deutsch als Fremdsprache“).

3. Wie wollen Sie die Qualität der beruflichen Bildung angesichts des demografischen Wandels sichern?

- Ausbildung an allen Schulstandorten sichert berufliche Bildung und damit Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.

- Der Modellversuch „EQuL“ schafft Selbständigkeit und



Freiräume für die Beruflichen Schulen.

- Die Sozialarbeit an den berufsbildenden Schulen sollte flächendeckend ausgebaut werden.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Sicherung einer bedarfsdeckenden Ausbildung von kaufmännischen Lehrkräften?

- Der Ausbildung des Nachwuchses an kaufmännischen Lehrkräften an der Universität Mainz sollte gesichert werden. Absolventen des Abschlusses „Master of Science“ sollte der Zugang zum Referendariat ermöglicht werden.

- Bei Übernahmen von Lehrkräften nach dem zweiten Staatsexamen sollten Lehrkräfte mit beruflicher Fachrichtung bevorzugt eingestellt werden.

- Absolventen mit dem 2. Staatsexamen soll frühzeitig eine verbindliche Zusage erteilt werden, um Abwanderung zu vermeiden.

5. Wie wollen Sie inklusiven Unterricht an den berufsbildenden Schulen des Landes ermöglichen?

- Die berufsbildenden Schulen des Landes benötigen Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele inklusiven Lernens. Dazu sind neben der Sachausstattung entsprechende Fachkräfte und Fortbildungsangebote erforderlich.

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Lehrer*innen-Gesundheit an berufsbildenden Schulen?

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordert neue Überlegungen z.B. bei der Analyse spezifischer Belastungen und bei der Altersermäßigung.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

1. Welchen Stellenwert haben für Ihre Fraktion die Wahlschulen der Berufsbildenden Schule in unserem Bildungssystem?

- Für den VLW bilden die beruflichen Wahlschulen, insbesondere auch die Höhere Berufsfachschule, einen „Aufzug nach oben“.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Der SPD-Fraktion ist die Bedeutung der berufsbildenden Schulen mit ihrem vielfältigen Angebotspektrum innerhalb der gesamten Schulstruktur stets bewusst. Uns eint die große Aufgabe, die Gleichwertigkeit des allgemeinbildenden und berufsbildenden Systems und ihre engagierte Arbeit in den Berufsbildenden Schulen noch stärker als bisher in der öffentlichen Wahrnehmung hervorzuheben und zu verankern. Die Durchlässigkeit und die Aufstiegsorientierung sind die großen Stärken des berufsbildenden Schulwesens. Die Wahlschulbildungsgänge der Berufsbildenden Schulen haben deshalb auch für die SPD-Landtagsfraktion einen hohen Stellenwert.

Die Höheren Berufsfachschulen bieten in einigen Berufsfeldern attraktive ergänzende Abschlüsse als staatlich geprüfte Assistentin/ Assistenten in Ergänzung zu den Angeboten des dualen Ausbildungsmarktes. Die Berufsfachschule 1 bietet eine pädagogisch sehr gut begleitete Möglichkeit, junge Menschen für die Aufnahme einer Ausbildung im dualen System zu stärken.

- Auch die Klassengrößen sind für den Lernerfolg von erheblicher Bedeutung.
- Die geplanten Veränderungen für das Berufsvorbereitungsjahr sollten einhergehen mit einer entsprechenden Personal- und Sachausstattung.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Die SPD-Fraktion hat sich in der Vergangenheit gemeinsam mit den berufsbildenden Schulen dafür eingesetzt, die Diskussion um die Mindestklassenstärke 25 sowie weiteren einschränkenden Veränderungen in den Höheren Berufsfachschulen zu beenden und zunächst genau zu evaluieren. Der Erhalt der Vielfalt der Angebote, ohne zu zersplittern, ist uns dabei ein wichtiges Anliegen.

Die Berufsfachschule 1 und 2 wurden bereits erfolgreich umstrukturiert. Notwendige Veränderungen im Berufsvorbereitungsjahr sollen aus unserer Sicht auch gemeinsam mit den Akteuren in den Schulen erfolgen.

2. Welche Vorstellungen haben Sie zur Beschulung von Flüchtlingen / Asylsuchenden an den berufsbildenden Schulen des Landes?

- Die Jugendlichen sollten entsprechend ihrer Qualifikationen in unserem Schulsystem beschult werden.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Für die SPD-Fraktion ist es selbstverständlich, dass jugendliche

Flüchtlinge je nach Bildungsstand grundsätzlich in allen Schulformen der Berufsbildenden Schule aufgenommen werden können. Jugendliche ohne Deutschkenntnisse sollen auch in den berufsbildenden Schulen die nötige Sprachförderung in Deutsch-Intensivkursen im Umfang von 15 bis 20 Wochenstunden erhalten und darüber hinaus am allgemeinbildenden Unterricht und insbesondere am Unterricht in Fachpraxis für die berufliche Orientierung teilnehmen.

- Voraussetzung ist der Einsatz geeigneten Personals (z.B. Qualifikation im Fach „Deutsch als Fremdsprache“).

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Uns ist es wichtig, dass die Schulen gut mit qualifiziertem Personal ausgestattet sind und ggf. nachgesteuert wird. In den Deutsch-Intensivkursen werden in der Regel Sprachförderkräfte mit einer Qualifikation für „Deutsch als Zweitsprache“ oder Lehrkräfte mit entsprechender Qualifikation eingesetzt. Für die Ausbildung weiterer qualifizierter Lehrkräfte wird die SPD-Landtagsfraktion dem Pädagogischen Landesinstitut im Jahr 2016 zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

3. Wie wollen Sie die Qualität der beruflichen Bildung angesichts des demografischen Wandels sichern?

- Ausbildung an allen Schulstandorten sichert berufliche Bildung und damit Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Auf die Auszubildenden im dualen System und damit auf die zukünftigen Fachkräfte unserer Unternehmen hat die SPD-Landtagsfraktion einen besonderen Blick. Wir begrüßen daher den zum Schuljahr 2015/2016 gestarteten Schulversuch BS20, an dem neun berufsbildende Schulen teilnehmen. Diese Schulen erproben pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten, damit die duale Berufsausbildung auch zukünftig von allen jungen Menschen als attraktiver Weg in eine erfolgreiche berufliche Zukunft gewählt werden kann. Der Schulversuch ist Bestandteil einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Teilzeitberufsschule und zur Sicherung der dualen Ausbildung in der Fläche. Sofern weitere Maßnahmen zur Sicherung in der Fläche nötig werden, werden wir diese gemeinsam mit allen Akteuren vor Ort angehen.

- Der Modellversuch „EQuL“ schafft Selbständigkeit und Freiräume für die Beruflichen Schulen.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Mehr Selbständigkeit von Schulen ist der SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Deshalb unterstützt sie das erfolgreiche Schulentwicklungsprojekt „Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur“ (EQuL). Hier bietet sich die Möglichkeit, schulische Angebote entsprechend den regionalen Gegebenheiten zu gestalten und dabei prozessorientiert transparent, nachhaltig und effizient zu arbeiten. Der Unterrichtsausfall kann durch ein selbst-

verantwortetes Personalbudget reduziert werden, Lehrkräfte profitieren vom schuleigenen Fortbildungsbudget. Wir wollen, dass EQuL weiter ausgebaut wird.

- Die Sozialarbeit an den berufsbildenden Schulen sollte flächendeckend ausgebaut werden.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Für die SPD-Landtagsfraktion stellt die Schulsozialarbeit einen wichtigen und unverzichtbaren Baustein schulischer Qualität und des schulischen Miteinanders dar. Durch zusätzliche Mittel wurde diese in den vergangenen Jahren daher kontinuierlich und flächendeckend ausgebaut. Von den 64 öffentlichen berufsbildenden Schulen haben 59 Schulsozialarbeit. Die Mittel wurden seit 2005 von 700.000 Euro auf 2.455.000 Euro im Haushalt 2014/2015 mehr als verdreifacht. Für den Haushalt 2016 sind nochmals 115.000 Euro mehr eingeplant. Wir wollen die Schulsozialarbeit auch weiter stärken.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Sicherung einer bedarfsdeckenden Ausbildung von kaufmännischen Lehrkräften?

- Der Ausbildung des Nachwuchses an kaufmännischen Lehrkräften an der Universität Mainz sollte gesichert werden. Absolventen des Abschlusses „Master of Science“ sollte der Zugang zum Referendariat ermöglicht werden.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Für die SPD-Landtagsfraktion ist

klar, dass in besonderen Bedarfssituationen die Möglichkeit offen stehen muss, Quer- und Seiteneinsteiger für das Lehramt an berufsbildenden Schulen auszubilden. In diesem Sinne unterstützen wir Ihr Anliegen, dass auch für dieses Fach weiterhin der Quereinstieg und damit der Zugang für Bewerberinnen und Bewerber mit dem Abschluss „Master of Science“ - sofern der Nachweis der erforderlichen Studienleistungen im allgemeinbildenden Zweifach vorliegt - möglich ist. Dies setzt allerdings voraus, dass nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber mit einem lehramtsbezogenen Master of Education zur Verfügung stehen.

- Bei Übernahmen von Lehrkräften nach dem zweiten Staatsexamen sollten Lehrkräfte mit beruflicher Fachrichtung bevorzugt eingestellt werden.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Dem stimmt die SPD-Landtagsfraktion zu, da wir zur Zeit den größten Bedarf in den beruflichen Fächern, insbesondere in den technischen Fächern und Gesundheit und Pflege haben.

- Absolventen mit dem 2. Staatsexamen soll frühzeitig eine verbindliche Zusage erteilt werden, um Abwanderung zu vermeiden.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Der Wunsch nach schnelleren und frühzeitigeren Einstellungsverfahren ist für die SPD-Fraktion nachvollziehbar. Diese Anregung haben wir bereits an die zuständi-

ge Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier weiter gegeben.

5. Wie wollen Sie inklusiven Unterricht an den berufsbildenden Schulen des Landes ermöglichen?

- Die berufsbildenden Schulen des Landes benötigen Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele inklusiven Lernens. Dazu sind neben der Sachausstattung entsprechende Fachkräfte und Fortbildungsangebote erforderlich.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz haben sich schon seit Jahren, besonders bei Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Lernen, der inklusiven Beschulung angenommen und diese verwirklicht. Dies muss vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention ausgebaut und auch beim Übergang von der Schule in das Arbeitsleben verwirklicht werden. Förder- und Beratungszentren unterstützen berufsbildende Schulen bei der Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts mit ihrer sonderpädagogischen Fachkompetenz. Dazu entwickeln die beteiligten Schulen passgenaue Strukturen der Zusammenarbeit.

Die zunehmende Vermittlung von Kompetenzen für inklusiven Unterricht in der Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte aller Schularten trägt darüber hinaus zur Weiterentwicklung der Kompetenzen an den berufsbildenden Schulen bei. Die Empfehlungen der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen wurden gemeinsam

von der Landesregierung mit den Kammern, Unternehmensverbänden, der Bildungsgewerkschaft und Berufsverbänden entwickelt. Diese tragen in besonderer Weise dem Inklusionsgedanken Rechnung mit den Zielen, die individuelle Förderung auszubauen und inklusiven Unterricht in den einzelnen Schulformen zu erreichen. Mit der in das Schulgesetz aufgenommenen Experimentierklausel zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems in § 1 09a wurde insbesondere für den Bereich der beruflichen Bildung und für die Gestaltung des Übergangs in den Beruf eine rechtliche Grundlage geschaffen, um neue geeignete Organisationsformen für sonderpädagogische Förderung, Beratung und Unterstützung zu ermöglichen. Mit dem Antrag 16/4738 „Gesellschaftliche Teilhabe durch berufliche Bildung stärken - berufsbildende Schulen auf dem Weg zur Inklusion unterstützen“ haben die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Forderungen für die künftige Weiterentwicklung formuliert. Darüber hinaus unterstützen wir die in diesem Schuljahr begonnene Ausweisung von 5 berufsbildenden Schulen mit inklusivem Unterricht im Berufsvorbereitungsjahr mit Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung. Das Projekt ist personell besonders ausgestattet mit zusätzlichen 20 Förderlehrerwochenstunden pro Klasse mit max. 4 Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung und der Möglichkeit einer Reduktion der Klassenmesszahl um ebenfalls bis zu vier Jugendlichen abhängig vom individuellem Förderbedarf. Wir wollen dieses Projekt bedarfsgerecht ausbauen. Weiterhin muss es nach unseren Vorstel-

lungen vermehrt Fortbildungs-, Weiterbildungs- und Beratungsmöglichkeiten zur Unterstützung des inklusiven Unterrichts an berufsbildenden Schulen geben.

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Lehrergesundheit an berufsbildenden Schulen?

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordert neue Überlegungen z. B. bei der Analyse spezifischer Belastungen und bei der Altersermäßigung.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Die Lehrergesundheit ist der SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Mit dem 2011 gegründeten Institut für Lehrergesundheit (IfL) hat die Landesregierung eine bundesweit einmalige Einrichtung geschaffen, die landesweit die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung aller im staatlichen Schuldienst beschäftigten Personen sicherstellt. Im Rahmen seiner Tätigkeit berücksichtigt das IfL auch besondere Belastungsfaktoren, die z. B. aus dem Alter der betroffenen Person resultieren können.

Weiter beinhaltet das Schulentwicklungsprojekt EQuL für berufsbildende Schulen zahlreiche Elemente zur Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit wie den konsequenten Ausbau teambasierter Arbeitsstrukturen und die Installation einer Feedbackkultur, zu der z.B. auch die kollegiale Fallberatung gehört. Vielfältige Maßnahmen der Qualitätssicherung sollen die Arbeit der Lehrkräfte erleichtern und unterstützen. Die Fragen von künftigen Möglichkei-

ten der Altersermäßigung und Altersteilzeit für Lehrkräfte wird vor dem Hintergrund der Wirkungen der damit verfolgten Regelungsziele nach § 75a Abs. 6 LBG und der Situation zukünftiger Haushalte zu beantworten sein. Wir werden uns verantwortungsbewusst mit der Thematik auseinandersetzen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 16/5069 „Gesundheitsmanagement in der öffentlichen Verwaltung stärken -Grundlage für längere Lebensarbeitszeit schaffen“ s. Anlage) hat der Landtag am 27.05.15 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Darin wird die Notwendig-

keit, ein adäquates Gesundheitsmanagement und altersgerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen unterstrichen.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016



1. Stellenwert der Wahlschulen

Für die CDU sind die Wahlschulangebote der Berufsbildenden Schulen ein unverzichtbarer Bestandteil eines vielfältigen Bildungsangebotes. Sie ermöglichen Schülerinnen und Schülern einen Aufstieg mit klarer beruflicher Orientierung. Hierzu gehört für uns auch die Stärkung der Höheren Berufsfachschulen, die in den vergangenen Jahren mehrfach von der Landesregierung zur Disposition gestellt wurden. Dieses Angebot ist für uns keine Konkurrenz zur dualen Ausbildung, sondern es bietet vielen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, eine anspruchsvolle Ausbildung zu beginnen.

Die CDU steht für die Gleichwertigkeit der Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Schulen. Person unterschiedlich, was individuelle Modelle auch im Bereich der Arbeitsgestaltung notwendig macht. Ein Altersteilzeit-Modell hat sich hier in der Vergangenheit bewährt und wird unter unserer Regierungsverantwortung auch fortgeführt werden.

2. Beschulung von Flüchtlingen

Zu einer gelingenden Integration gehört auch die Möglichkeit der Teilhabe am Arbeitsmarkt. Dazu bedarf es einer intensiven Vorbereitung insbesondere durch die Schulen. Die CDU möchte hierzu nach Möglichkeit die Schulpflicht für Asylbewerber auch auf ältere Flüchtlinge ausdehnen.

Generell wollen wir für Flüchtlinge spezielle Vorlaufklassen bilden statt sie vom ersten Tag an und ohne jede Deutschkenntnisse in bestehende Klassen zu integrieren. Im Bereich der Berufsbildenden Schulen wollen wir hierbei ein zweijähriges BVJ umsetzen, wobei der Fokus im ersten Jahr auf der Sprachförderung und dem Vermitteln von Grundkenntnissen über deutsche Werte und Sitten liegen soll, im zweiten Jahr Berufsorientierung im Vordergrund stehen soll. Alternativ können die Flüchtlinge bei entsprechender Qualifikation nach dem ersten Jahr in Wahlschulbildungsgänge wechseln.

Bei der Umsetzung müssen die Berufsbildenden Schulen umfassend mit dem nötigen Personal ausgestattet werden.

3. Qualitätssicherung

Insbesondere im ländlichen Raum brauchen wir einen flexibleren Klassenteiler, um hier Fachklassen erhalten zu können. Dazu gehört für uns auch, Schulen dabei zu unterstützen, verwandte Ausbildungsberufe verstärkt in einzelnen Fächern zumindest zu Beginn der Ausbildung zusammen zu legen. Denn mit dem Schließen der Klassen wird häufig auch der Beruf durch lange Fahrwege für junge Menschen unattraktiv, und Betriebe finden keine Auszubildenden mehr.

Die vor einigen Jahren reformierte Berechnung des PAUSE-Faktors wollen wir einer kritischen Überprüfung unterziehen. Aktuell hat sich dadurch nämlich die Gesamtsituation der einzelnen Schulen in Bezug auf Lehrerstundenzuweisung nicht wesentlich verbessert. Die Notwendigkeit von sozialpädagogischer Begleitung von Schulen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Entgegen der Versprechungen im Koalitionsvertrag hat die aktuelle Landesregierung hier jedoch keinerlei Verbesserungen umgesetzt.

Zusätzlich steigt auch an den Be-

rufsbildenden Schulen der Bedarf nach Ganztagsschulangeboten. Wir werden hier in der kommenden Legislaturperiode einen Schwerpunkt setzen und Berufsbildende Schulen gleichberechtigt sowohl am Ganztagsschulprogramm wie auch an der Schulsozialarbeit teilhaben lassen. Das Modellprojekt EQuL, das Schulen mehr Selbständigkeit gibt, begrüßen wir. Wir wollen hier jedoch einen Schritt weiter gehen und allen Schulen in allen Schularten die Möglichkeit geben, selbständige Schule zu werden.

4. Lehrkräftesicherung

Die CDU hat in der Vergangenheit mehrfach auf die Probleme von Studierenden an der Mainzer Universität hingewiesen und gefordert, dass auch Absolventen des „Masters of Science“ zum Referendariat zu gelassen werden. Hier werden wir als CDU eine Rechtssicherheit schaffen, um

mehr junge Menschen für den Beruf als kaufmännische Lehrkraft zu gewinnen. Diese sind bei der Einstellung an berufsbildenden Schulen bevorzugt einzustellen. Insgesamt brauchen wir mehr Anreize in Rheinland-Pfalz. Durch den verspäteten Einstellungstermin wandern vielen fertige Referendare in andere Bundesländer ab und fehlen an unseren Schulen.

5. Umsetzung der Inklusion

Die CDU steht dazu, gemeinsamen Unterricht zwischen Kindern mit und ohne Beeinträchtigung bedarfsgerecht auszubauen. Grundlage aller Entscheidungen ist hier jedoch nicht ein gesellschaftliches Ziel, sondern das Wohl des einzelnen Kindes bzw. Jugendlichen. Vor diesem Hintergrund schätzen und unterstützen wir die gute Arbeit der Förderschulen und wollen gleichzeitig Schulen bei der Umsetzung des

gemeinsamen Unterrichts unterstützen und stärken. Grundlage dafür ist der Ressourcenvorbehalt - wir können an den Schulen nur so viel gemeinsamen Unterricht anbieten, wie auch personelle, räumliche und sächliche Ressourcen vorhanden sind. Dazu werden wir verbindliche Standards formulieren, auf die beeinträchtigte Kinder unabhängig vom Förderort einen Anspruch haben.

6. Lehrgesundheit

Der Lehrerberuf geht mit besonderen psychischen Belastungen einher. Diese sind bei jeder Person unterschiedlich, was individuelle Modelle auch im Bereich der Arbeitsgestaltung notwendig macht. Ein Altersteilzeit-Modell hat sich hier in der Vergangenheit bewährt und wird unter unserer Regierungsverantwortung auch fortgeführt werden.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

1. Welchen Stellenwert haben für Ihre Fraktion die Wahl-schulen der Berufsbildenden Schule in unserem Bildungssystem?

- Für den VLW bilden die beruflichen Wahlschulen, insbesondere auch die Höhere Berufsfachschule, einen „Aufzug nach oben“.
- Auch die Klassengrößen sind für den Lernerfolg von erheblicher Bedeutung.
- Die geplanten Veränderungen für das Berufsvorbereitungsjahr sollten einhergehen mit

einer entsprechenden Personal- und Sachausstattung.

Antwort:

Die berufsbildenden Schulen haben für uns GRÜNE einen enorm hohen Stellenwert. Die Akteure der berufsbildenden Schulen vermitteln fachliche Kompetenzen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Integration von jungen Menschen. Die berufliche Integration von jungen Menschen ist für uns GRÜNE der Schlüssel für kulturelle sowie soziale Teilhabe und ist daher für uns von großer Bedeutung. Insbesondere die Höheren Berufsfach-

schulen bieten bedarfsgerechte Qualifizierungsmöglichkeiten, um Schülerinnen und Schülern über den zweiten Bildungsweg den Zugang zu akademischen Bildungsangeboten an den Hochschulen zu ermöglichen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem und für die Fachkräftesicherung.

Die rot-grüne Landesregierung beabsichtigt aus diesem Grund, das schulische Angebot für das Schuljahr 2016/2017 erneut bedarfsgerecht auszubauen. Sie sieht, gerade im Hinblick auf den Demographischen Wandel, zu-



dem eine Anpassung an regionale Gegebenheiten vor, um die Qualifizierungsmöglichkeiten insbesondere im ländlichen Raum nachhaltig sicherstellen zu können.

Eine adäquate Klassenmesszahl ist für das Schüler-Lehrer-Verhältnis und den Lernerfolg in einer angenehmen Arbeitsatmosphäre von großer Bedeutung. Aus diesem Grund ist die rot-grüne Landesregierung stets darum bemüht Klassenmesszahlen auf einem dauerhaft niedrigen Niveau sicherzustellen. Insgesamt wurden für die Umsetzung des Stufenplans zur Absenkung der Klassenmesszahlen bislang mehr als 1000 Vollzeitstellen eingesetzt.

In Rheinland-Pfalz gilt für die Orientierungsstufe die Klassenmesszahl von 28 Kindern. Damit haben wir in diesem Bereich im bundesweiten Vergleich mit die kleinsten Klassen.

Erfreulicherweise sind die SchülerInnenzahlen nicht so stark gesunken wie prognostiziert. Der für die beiden kommenden Schuljahre vorgesehene Schritt, zunächst für die fünfte und dann für die sechste Klassenstufe die Klassenmesszahl auf 25 Schülerinnen und Schüler zu reduzieren, wurde daher ausgesetzt. Die 200 Lehrerstellen, die für die weitere Absenkung der Klassenmesszahl in der Orientierungsstufe veranschlagt wurden, werden in vollem Umfang für eine weitere Verbesserung der strukturellen Unterrichtsversorgung zur Verfügung stehen. Die Landesregierung beabsichtigt, den strukturellen Unterrichtsausfall weiter zu reduzieren.

Wir wissen, dass insbesondere die berufsbildenden Schulen vom

strukturellen Unterrichtsausfall betroffen sind, wenngleich seit dem Schuljahr 2011 der Unterrichtsausfall von 6 % auf 4,5 % und im Umfang von 75 Vollzeit-Stellen kontinuierlich gesenkt werden konnte. Uns ist ferner bewusst, dass Schülerinnen und Schüler, die nicht auf direktem Wege die Berufsreife erlangen, einer intensiveren fachlichen Betreuung seitens der Fachlehrer bedürfen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die berufsbildenden Schulen künftig berücksichtigt werden und zusätzliche Unterstützung (z.B. Team-Teaching) erhalten.

2. Welche Vorstellungen haben Sie zur Beschulung von Flüchtlingen / Asylsuchenden an den berufsbildenden Schulen des Landes?

- Die Jugendlichen sollten entsprechend ihrer Qualifikationen in unserem Schulsystem beschult werden.
- Voraussetzung ist der Einsatz geeigneten Personals (z.B. Qualifikation im Fach „Deutsch als Fremdsprache“).

Antwort:

Die große Zahl ankommender Flüchtlinge hat zuletzt dazu geführt, dass die Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die keine oder nur geringe deutsche Sprachkenntnisse besitzen, stark gestiegen ist. Dies bedeutet eine besondere Herausforderung für alle beteiligten Akteure in der Politik und in den Kommunen.

Da Sprache eine zentrale Voraussetzung für Integration ist, hat die rot-grüne Landesregierung einen Maßnahmenplan zur Sprachför-

derung in Schulen auf den Weg gebracht. Das Budget für die darin enthaltenen Maßnahmen wurde jüngst von 1,6 Millionen Euro auf 2,6 Millionen für das laufende Jahr aufgestockt.

Der Maßnahmenplan ist speziell für die Sprachförderung von Neuankömmlingen mit geringen Sprachkenntnissen entwickelt worden. Ein wesentliches Element bilden dabei die Deutsch-Intensivkurse, die kontinuierlich ausgebaut wurden und Vorrang vor anderen Formen der Sprachförderung haben sollen.

Wir GRÜNE lehnen die Forderung der CDU entschieden ab, Kinder aus Flüchtlingsfamilien in „Deutschvorlaufklassen“ zu separieren, da Integration und das Erlernen von Sprache nur im Kontext eines sozialen Umfeldes gelingen kann. Die Deutsch-Intensivkurse, die von Beginn an auch auf die Teilnahme am Unterricht in Regelklassen setzen, sind daher aus unserer Sicht der richtige Weg. Es ist außerdem wissenschaftlich hinreichend belegt, dass der Herkunftssprachenunterricht ein zentraler Baustein zur Förderung der Mehrsprachenkompetenz ist. Der Herkunftssprachenunterricht wurde daher bis zum Ende der Sekundarstufe erweitert und wird nun für das Schuljahr 2014/2015 durch insgesamt 154 staatliche Lehrkräfte in insgesamt 14 Sprachen erteilt.

Darüber hinaus wurden zum neuen Schuljahr landesweit 41 Runden Tische zur Sprachförderung eingerichtet. Die Runden Tische haben sich als tragfähiges Angebot erwiesen, da sie zwischen den Schulen und Schulträgern inhaltlich eng miteinander abgestimmt wurden. Die Runden Tische wer-

den bspw. auch dazu genutzt, die Unterstützungsangebote von Kindertagesstätte, VHS und freien Trägern aufeinander abzustimmen.

Um die Lehrerinnen und Lehrer auf die mit der Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien verbundenen Aufgaben besser vorzubereiten, hat die Landesregierung das Fort- und Weiterbildungsangebot des Pädagogischen Landesinstituts um Qualifikationsmodule erweitert und ausgebaut. Neben den Kompetenzen für „Deutsch als Zweitsprache“ werden auch Hilfestellungen für die Alphabetisierung von Jugendlichen vermittelt.

Wie wollen Sie die Qualität der beruflichen Bildung angesichts des demografischen Wandels sichern?

- Ausbildung an allen Schulstandorten sichert berufliche Bildung und damit Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.
- Der Modellversuch „EQuL“ schafft Selbständigkeit und Freiräume für die Beruflichen Schulen.
- Die Sozialarbeit an den berufsbildenden Schulen sollte flächendeckend ausgebaut werden.

Antwort:

- Die schulische Versorgung stellt aufgrund des demografischen Wandels insbesondere für ländliche Regionen eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen dar. Aus diesem Grund setzen wir GRÜNE uns vehe-

ment für die Förderung des Ausbaus von wohnortnahen Schulstandorten ein. Unter Berücksichtigung des demographischen Wandels soll durch neu gestaltete Unterrichtskonzepte das Ausbildungsangebot vor allem an kleineren Berufsschulstandorten und im ländlichen Raum sichergestellt werden. Darüber hinaus setzen wir GRÜNE uns für die Ausweitung der kostenfreien Schülerbeförderung in einem engmaschigen ÖPNV-Netz ein.

- Das Schulentwicklungsprojekt „Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur“ (EQuL) stärkt die Berufsbildenden Schulen durch mehr selbständige Entscheidungsmöglichkeiten im finanziellen sowie personellen Bereich, da den Berufsbildenden Schulen eigene Budgets für verschiedene Aufgaben zur Verfügung stehen, die Gestaltungsspielräume eröffnen. Das Schulentwicklungsprojekt hat sich aus unserer Sicht bewährt. Aus diesem Grund wurde die Anzahl von Berufsbildenden Schulen, die an EQuL teilnehmen, inzwischen auf 26 Standorte ausgeweitet. Zum Schuljahr 2016/2017 sollen sieben weitere BBSen als EQuL-Schulen an den Start gehen und in den Folgejahren soll dieser Kreis schrittweise weiter ausgebaut werden. Die rot-grüne Landesregierung beabsichtigt darüber hinaus mit dem Schulversuch B20 zur Sicherung der dualen Ausbildung landesweit neue Modellschulen zu erproben. Der Schulversuch zielt auf eine bessere Verzahnung beispielsweise von Nahrungsberufen

wie Bäcker, Fleischer und Fachverkäufer mit bestimmten Lernfeldern wie Personalführung oder Kundenservice ab. Er soll zu einer transdisziplinären Unterrichtskultur im Bereich der berufsbildenden Schulen führen. Darüber hinaus sollen Lernprozesse stärker individualisiert und flexibilisiert werden, damit Auszubildende künftig auf passgenaue Angebote zurückgreifen können.

- Mit den Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ist es gelungen den Kommunen zusätzliche finanzielle Spielräume für die Erweiterung der Angebote der Schulsozialarbeit zu eröffnen. In den Jahren 2011 bis 2013 wurden für alle rheinland-pfälzischen Kommunen Bundesmittel in Höhe von rund 11 Mio. Euro/Jahr für mehr Stellen in der Schulsozialarbeit und Hortmittagessen zur Verfügung gestellt. Mit den zusätzlichen Bundesmitteln konnten landesweit 178 neue Stellen an Schulen oder externen Koordinierungsstellen geschaffen werden. Die Gelder für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sind mittlerweile ausgelaufen. Der Landeshaushalt sieht für die Förderung von Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten, seit dem Doppelhaushalt 2014/2015 wieder einen Gesamtansatz von rund 5,1 Mio. Euro vor. Der Wert liegt damit höher als der Ausgangswert vor der Förderung durch das Bildungs- und Teilhabepaket. Die Einhaltung der verfassungsrechtlich verankerten

Schuldenbremse macht große finanzielle Sprünge in diesem Bereich unmöglich. Umso wichtiger ist es uns GRÜNEN, uns weiterhin für mehr finanzielle Unterstützung des Bundes im Bildungsbereich einzusetzen und uns für eine Aufhebung des Kooperationsverbots im Bereich der Schulen zu engagieren.

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Sicherung einer bedarfsdeckenden Ausbildung von kaufmännischen Lehrkräften?

- Die Ausbildung des Nachwuchses an kaufmännischen Lehrkräften an der Universität Mainz sollte gesichert werden. Absolventen des Abschlusses „Master of Science“ sollte der Zugang zum Referendariat ermöglicht werden.
- Bei Übernahmen von Lehrkräften nach dem zweiten Staatsexamen sollten Lehrkräfte mit beruflicher Fachrichtung bevorzugt eingestellt werden.
- Absolventen mit dem 2. Staatsexamen soll frühzeitig eine verbindliche Zusage erteilt werden, um Abwanderung zu vermeiden

Antwort:

Das System der Beruflichen Schulen ist die tragende Säule der dualen Ausbildung. In Anbetracht der Vielzahl der bestehenden Lehrberufe ist das Angebot an den Berufsbildenden Schulen enorm differenziert. Eine ausreichende Anzahl von Fachlehrerinnen und Fachlehrern zu finden wird dadurch erschwert, dass momen-

tan nicht genügend Lehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind. Das gilt auch, aber nicht nur, für die kaufmännischen Berufe. Daher sind vor allem Maßnahmen zur Gewinnung von Fachlehrkräften von Bedeutung, insbesondere in Mangelfächern. Die Landesregierung hat hier mit der Imagekampagne „Entdecke die Lehre in Dir!“ intensiv für das Lehramt an berufsbildenden Schulen geworben. Das wollen wir auch weiterhin tun. Eine weitere Möglichkeit bietet die verstärkte Einstellung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern in Mangelfächern unter umfänglicher Berücksichtigung von bereits vorhandenen betrieblichen Erfahrungen. Und schließlich muss noch stärker der Beruf der Lehrkraft an berufsbildenden Schulen in den Fokus von Berufsberatung rücken: Auch Abiturienten an Gymnasien müssen mit der attraktiven Möglichkeit des Lehramts an Berufsbildenden Schulen vertraut gemacht werden.

4. Wie wollen Sie inklusiven Unterricht an den berufsbildenden Schulen des Landes ermöglichen?

- Die berufsbildenden Schulen des Landes benötigen Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele inklusiven Lernens. Dazu sind neben der Sachausstattung entsprechende Fachkräfte und Fortbildungsangebote erforderlich.

Ein Schlüssel zur Umsetzung der Inklusion ist die Stärkung der Kompetenzen von Lehrkräften für das inklusive Unterrichten in allen Phasen der Lehrkräftebildung. Mit dem „Gesetzesentwurf zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften“ wird die

Verpflichtung der Qualifizierung von Lehrkräften während aller Phasen der Lehrkräftebildung für inklusiven Unterricht verwirklicht.

Neben der Stärkung der beruflichen Kompetenzen von Lehrkräften spielen für das Gelingen von Inklusion auch die Weiterentwicklung von Schule und Unterricht sowie die Zusammenarbeit in den Schulen durch multiprofessionelle Beratung und Vernetzung eine zentrale Rolle. Sie müssen gestärkt und ausgebaut werden.

Inklusion muss insbesondere beim Übergang von der Schule in das Arbeitsleben verwirklicht werden, um die Inklusion für alle Lebensbereiche gleichermaßen sicherstellen zu können. In dieser sensiblen Phase benötigen junge Menschen ein Übergangssystem. Die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz leisten hierbei schon seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag und haben sich der Herausforderung einer inklusiven Beschulung längst angenommen.

Die in das Schulgesetz aufgenommene Experimentierklausel (§109 a SchulG) zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems schafft insbesondere für den Bereich der beruflichen Bildung sowie die Übergangsgestaltung eine rechtliche Basis für neue, bedarfsgerechte Organisationsformen der sonderpädagogischen Förderung, Beratung und Unterstützung.

Für uns GRÜNE steht insbesondere die individuelle Unterstützung im Vordergrund, damit die Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) nicht die einzige berufliche Perspektive für junge Menschen mit Beeinträchtigung bleibt.

5. Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Lehrgesundheit an berufsbildenden Schulen?

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordert neue Überlegungen z.B. bei der Analyse spezifischer Belastungen und bei der Altersermäßigung.

Antwort:

Lehrerinnen und Lehrer sind besonderen Belastungen ausgesetzt, weswegen das Renteneintrittsalter um ein Jahr weniger angehoben wurde als für die übrigen Landesbeamten. Mit dem Institut für Lehrgesundheit (IfL) verfügt

das Land über eine Einrichtung von der inzwischen ca. 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an über 1.600 Schulen landesweit profitieren. Das Institut setzt zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit von Lehrkräften gezielt auf arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen. Das Institut für Lehrgesundheit bietet darüber hinaus Schulbegehungen sowie die individuelle Beratung von Lehrkräften und Schulleitungen oder die Durchführung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung an. Ein weiterer Auftrag besteht in der Wiedereingliederung von langfristig Erkrankten. Darüber hinaus ermöglicht die Ansiedlung des Instituts an der Universitätsmedizin Mainz eine

enge Verzahnung von arbeitsmedizinischer Betreuung und der Forschung im Bereich des präventiven Gesundheitsschutzes. Das IfL wird vom Land mit knapp 1,6 Millionen Euro finanziert und beschäftigt aktuell mehr als 20 Personen. Es verfügt außerdem über drei „mobile Einheiten“, die es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen, vor Ort, in den Schulen bzw. in regionalen Sprechstunden präsent zu sein. Seit der Gründung des IfL wurden rund 2.000 individuelle Beratungen sowie ca. 120 Studientage durchgeführt.

Schreiben von Ministerin Reiß “Tag der kaufmännischen Schule” am 28. September 2015 in Kaiserslautern

Sehr geehrter Herr Fuß,

am „Tag der kaufmännischen Schule“ am 28. September 2015 in Kaiserslautern hatte ich Ihnen zugesagt, dass ich an anderer Stelle gerne auf Ihre Ausführungen zur Situation des Lehrkräftenachwuchses an kaufmännischen beruflichen Schulen eingehen möchte.

In Ihrer Rede haben Sie mit Blick auf die Unterrichtsversorgung die Überführung des Studiengangs Wirtschaftspädagogik in Bachelor- und Masterstrukturen kritisiert.

Sehr wichtig ist mir, in diesem Zusammenhang auf Folgendes hinzuweisen und klarzustellen:

Das Studienangebot des Faches Wirtschaft für das Lehramt an berufsbildenden Schulen an der Universität Mainz ist mir ein wichtiges Anliegen. Deshalb bin ich sehr froh, dass es nach einem intensiven Abstimmungsprozess zwischen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und meinem Haus gelungen ist, ein pragmatisches Studiengangmodell zu konzipieren, dessen Struktur und Inhalte sowohl den landesspezifischen Vorgaben als auch den einschlägigen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz zur gegenseitigen Anerkennung von lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterabschlüssen in den Studiengängen sowie den ländergemeinsamen curricularen Anforderungen entspricht. Denn nur dadurch ist gewährleistet, dass

die Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs Wirtschaftspädagogik (M.Ed.) einen Anspruch auf Zugang zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz und auch in allen anderen Bundesländern erhalten. Eine Gefährdung dieser Anerkennung wäre im Interesse der Studierenden nicht vertretbar.

Studierende, die sich innerhalb dieses Studiengangmodells nach dem Bachelorstudium nicht für den auf eine Tätigkeit in der Schule vorbereitenden lehramtsbezogenen Masterstudiengang (M.Ed.), sondern für den Studiengang Master of Science in Wirtschaftspädagogik (M.Sc.) entscheiden, können aus den oben genannten Gründen keinen

gleichberechtigten Zugang zum Vorbereitungsdienst erhalten.

Bei entsprechendem Bedarf können sich allerdings Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs Master of Science (M.Sc.) für den Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst bzw. für die Einstellung in den Seiteneinstieg bewerben. Jedoch werden auch im Bedarfsfall die nach den KMK-Vorgaben entsprechend ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen des lehramtsbezogenen Studiengangs immer mit Priorität zugelassen.

Dieser Bedarf war allerdings zu den letzten Einstellungsterminen nicht gegeben: Das Fach Wirt-

schaft wurde in der Vergangenheit noch nie für den Seiteneinstieg ausgeschrieben. Auch für die Zulassung zum Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst be^{steht} steht aktuell kein Bedarf (zuletzt im Jahr 2012).

Gegenwärtig ist nicht von einem besonderen Bedarf für das Fach Wirtschaft auszugehen. Aktuell wird im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen jede vierte Referendarin bzw. jeder vierte Referendar im Fach Wirtschaft ausgebildet. Selbstverständlich behalten wir wie bereits bisher die Entwicklung der Unterrichtsversorgung sorgsam im Blick und werden, sofern es angezeigt erscheint,

entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Ich hoffe, meine Ausführungen zum lehramtsbezogenen Studium des Faches Wirtschaftspädagogik in Rheinland-Pfalz tragen zur Klärung bei. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie freundlich bitten, dieses Schreiben den Mitgliedern Ihres Landesverbandes in geeigneter Weise zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Vera Reiß

Folgeschwere Fehleinschätzung? Der VLW fordert die umgehende Öffnung des Quereinstiegs für Absolventen der Wirtschaftspädagogik mit dem Abschluss

Wir finden es durchaus lobenswert, dass Ministerin Reiß unsere Warnung vor der drohenden Knappheit an Absolventen der Wirtschaftspädagogik an unserem „Tag der Kaufmännischen Schule“ in Kaiserslautern ernst genommen hat. Sie hat konsequenterweise das Landesprüfungsamt im Ministerium damit beauftragt, unsere Bedenken zu prüfen und uns abschließend das vorliegende Schreiben zukommen lassen. Dies ist im Prinzip vorbildliche politische Arbeit, über die wir uns freuen würden, wenn wir die

getroffene Einschätzung tatsächlich teilen könnten. Wortwörtlich heißt es am Ende des Schreibens „Gegenwärtig ist nicht von einem besonderen Bedarf für das Fach Wirtschaft auszugehen.“ Eine Öffnung des Vorbereitungsdienstes für den Quereinstieg im Bereich Wirtschaftspädagogik, M.o.S., sei somit derzeit nicht erforderlich. Wir wundern uns allerdings darüber, dass wir von verschiedensten Regionen des Landes, sowohl von den Schulen als auch von den Studienseminaren, zu hören bekommen, dass die Zahl der Referenda-

rinnen und Referendare mit dem Fach Wirtschaft signifikant zurückgegangen ist. Vor dem Hintergrund des hohen Ersatzbedarfes, der im kaufmännischen Bereich durch anstehende Pensionierungen zu erwarten ist, halten wir dies für eine gefährliche Entwicklung. Das Ministerium sollte jetzt den Mut haben, den Quereinstieg zuzulassen. Dramatische Bewerberzahlen sind kaum zu erwarten und es könnte dem drohenden Mangel entgegengewirkt werden, bevor es zu spät ist.

Schüler sind NICHT gleich.

SchülerInnen sind NICHT gleich. Wie augenscheinlich! Und damit soll nicht angespielt werden auf Hautfarbe, Wissen, Interesse oder gar IQ, sondern auf die ungleiche Art, wie wir alle lernen. Bereits in den 70ern wurden Theorien entwickelt, um diese Ungleichheit im Lernen fassbar zu machen. Lernt der Schüler

eher auditiv (Lernweg: hören), haptisch (Lernweg: anfassen), visuell (Lernweg: sehen) oder kinästhetisch (Lernweg: ausführen), war eine der Fragen, die aufgeworfen wurde. Im theoretischen Unterricht nach der Grundschule ist diese Unterscheidung für die Vorbereitung des Lernstoffes allerdings wenig hilfreich. Warum? Überlegens Sie, welchen Zeitaufwand es benötigt, die Regel „minus mal minus ergibt plus“ begreifbar zu machen.

Vor diesem Hintergrund entwickelte zu Beginn der 200er die US-amerikanische Mathematiklehrerin und Schulentwicklerin Gayle H. Gregory ein interessantes Modell. In ihrem Modell werden SchülerInnen mit gleichen „Lernstilen“ zusammengefasst, um die Ungleichheit im Unterricht berücksichtigen zu können. Sehr anschaulich wird dieses Modell in ihrem Buch aus dem Jahr 2005 dargestellt. Ein Buch, das leider bis zum heutigen Tag noch nicht ins Deutsche übersetzt wurden.

Gayle H. Gregory unterscheidet hierin vier Lernstile¹:

- Die Beach balls, die spontan sind, gerne Dinge ausprobieren und durch Versuch und Irrtum lernen.
- Die Clipboards, die bevorzugt mit festen Schemata arbeiten und Checklisten und Zusammenfassungen schreiben.
- Die Microscopes, die unbedingt Hintergründe erforschen, Zusammenhänge herstellen und Begründungen für alles haben wollen.
- Und last, but not least die Puppies, die am liebsten mit anderen zusammen lernen, sehr empathisch sind und Wert legen auf eine gute Atmosphäre – nicht nur in der Klasse.

Fazit? Ein einheitlicher Unterricht wird diesen ungleichen Anforderungen nicht gerecht. Erschwerend kommt hinzu, dass der Unterricht meistens nur in einem Stil gehalten wird: dem Lehrstil des Lehrers und dieser Lernstil nur einen Teil der Klasse glücklich macht.

Soweit das Modell von Gayle H. Gregory.

Andere US-amerikanische Autoren vertreten eine gegenteilige Auffassung: sie behaupten, dass die verfügbaren Untersuchungen nicht darauf schließen lassen, dass, wenn jeder Schüler das Unterrichtsmaterial so bekäme, wie es zu seinem Lernstil passt, die Klasse insgesamt besser abschneiden würde.² Diese Auffassung beruht auf amerikanischen Experimenten, bei denen mittels Multiple-Choice getestet wurde.

Neugierig geworden durch diese so konträre Behauptung?

Dieser offensichtliche Widerspruch hat mich zu folgendem kleinen Experiment bewogen:

Drei Klassen der Jahrgangsstufe 11 des beruflichen Gymnasiums wurden von mir unterrichtet und eine weitere Klasse von einem Kollegen. Die beiden größten Klassen wurden zu „Versuchsgruppen“ und in dieser Funktion über Lernstile informiert. Nachdem die beiden Versuchsgruppen mit den unterschiedlichen Lernstilen nach Gregory bekanntgemacht worden sind, machte

- die eine Versuchsgruppen einen Test und
- die andere erhielt einen Selbsteinschätzungsbogen.

Die kleinste Klasse und die Klasse eines Kollegen wurden als „Kontrollgruppen“ klassifiziert und erhielten ebenfalls den Lernstilttest zur Selbsteinschätzung.

¹ vgl. Gregory (2005), S. 38, 44.

² vgl. Smith et al. (2002), S. 411, zitiert u. a. in Coffield et al. (2004a), S. 68.

Im weiteren Verlauf des Experimentes erhielten die Schüler der beiden Versuchsgruppen in jeder Unterrichtsstunde Material, das das Thema ihrem Lernstil gemäß erklärt. Die Übungsaufgaben waren im Kern die gleichen, wengleich erweitert um lernstilspezifische Dinge.

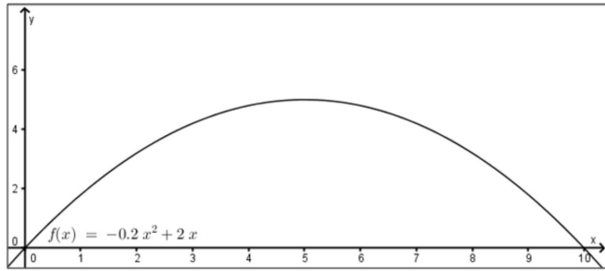
So ergab sich folgende Struktur am Beispiel: Parabel

- Den Beach balls wurde sie anhand des Durchhängens von Lichtschnüren bei einer Party erklärt; in den Aufgaben mussten sie teilweise Dinge ausprobieren und konnten Neues entdecken.
- Den Microscopes dienten die Lichtschnüre nur als Analogie. Ergänzend bekamen sie spezielle Übungsaufgaben zum Beweisen und Begründen.
- Die Puppies erhielten als Aufgabenbeispiel die Parabel, die das Zebra „Marty“ im Film „Madagascar“ spuckt. An dieser, den Schülern bekannten Darstellung, wurden alle Themenaspekte erklärt.
- Auf die Clipboards wartete das Beispiel aus „Madagascar“ als analoges Bild, allerdings lag der Fokus der Anleitungen mehr auf den einzelnen durchzuführenden Schritten, also der Beherrschung der Technik.

So sieht das Unterrichtsmaterial aus ...

... für die Puppies:

Mist! Die Funktionsgleichung habe ich, aber der Text ist verloren gegangen. Wie weit ist das Zebra Marty denn gelaufen? Ich habe das Maul als Nullpunkt gewählt...



Vorgehen: Wenn eine Funktion vom Typ $y = x^2 + px + q$ gegeben ist, ergeben sich die Nullstellen durch die „p-q-Formel“: $x_{1,2} = -\frac{p}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2 - q}$.

Steht vor der größten Potenz (x^2) noch ein anderer Wert als „1“, muss erst durch diesen geteilt werden.

Die Schnittpunkte mit der x-Achse sind die Nullstellen, der y-Wert ist immer Null!

... für die Clipboards:

Kennzeichen ist die ausführliche Erklärung der Schritte.

Wenn man die Funktionsgleichung bereits kennt, kann man schnell herausfinden, wie breit der Lichtschlauch hängt. Wir benötigen also die Stellen (x-Werte), wo die Kurve die x-Achse schneidet. Nullstellen sind die x-Werte, wo der Graph die x-Achse schneidet. Die Schnittpunkte mit der x-Achse haben immer den y-Wert Null!

Schauen wir uns erneut die Funktionsgleichung von Punkt 1, $f(x) = 0,5x^2 - 1,5x$, an.

Die Nullstellen einer Parabel vom Typ $f(x) = x^2 + px + q$ können mithilfe der p-q-Formel ermittelt werden:

$$f(x) = x^2 + px + q = 0 \Rightarrow x_{1,2} = -\frac{p}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2 - q}$$

Unsere Funktionsgleichung $f(x) = 0,5x^2 - 1,5x$ hat aber noch einen Koeffizienten vor x^2 . Wir überführen zuerst in die Form ohne diesen Koeffizienten.

Wir gehen folgendermaßen vor:

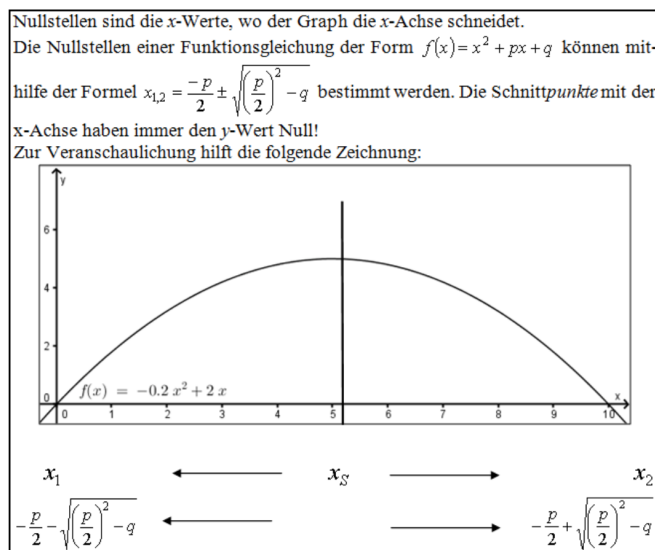
1. $0,5x^2 - 1,5x = 0$
2. $\stackrel{0,5}{\Rightarrow} x^2 - 3x = 0$
3. $\stackrel{p=-3, q=0}{\Rightarrow} x_{1,2} = -\frac{-3}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{-3}{2}\right)^2 - 0} = 1,5 \pm 1,5 \Rightarrow x_1 = 0, x_2 = 3$
4. $\Rightarrow S_x(0|0), S_x(3|0)$

Der Schlauch hängt also wirklich von Null bis Drei, also über eine Breite von drei Metern.

... für die Beach balls:
Nullstellen werden anhand der Breite von Lichtschläuchen erklärt.

Nullstellen sind die x -Werte, wo die Parabel die x -Achse schneidet, also der Lichtschlauch aufgehängt ist.
Die Nullstellen einer Parabel vom Typ $f(x) = x^2 + px + q$ können ermittelt werden durch die p - q -Formel: $f(x) = x^2 + px + q = 0 \Rightarrow x_{1,2} = -\frac{p}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2 - q}$.
Wenn vor der größten Potenz (x^2) noch eine Zahl steht, müsst ihr zuerst die ganze Gleichung durch diese Zahl teilen.
Die **Schnittpunkte** mit der x -Achse sind die Nullstellen und der y -Wert ist immer Null!

... für die Microscopes:
Bei diesen wird rein mathematisch rangegangen....



Das Unterrichtsmaterial für die beiden Kontrollgruppen enthielt die gleichen Übungsaufgaben. Die Erklärungen waren allerdings mehr an das klassische Schulbuch angelehnt.

Um den Schülern Freiheit in der Unterrichtsdurchführung zu geben, erhielten alle Schüler zu Beginn

- eine „Kann-Liste“ und
- einen „Advance Organizer“.

Eine Kann-Liste informierte die SchülerInnen über die Themen, die für die Klassenarbeit relevant sind. Der Advance Organizer diente zur Vernetzung der einzelnen Inhalte. Vor Beginn und nach Abschluss der Unterrichtsreihe mussten die Schüler einen Fragebogen ausfüllen, mit dem ihre Einstellung zur Mathematik skalierbar gemacht wurde. Erstaunlich! Das Ergebnis lieferte keinen Unterschied bzgl. der Veränderung der Einstellung zur Mathematik zwischen den beiden Versuchsgruppen und den beiden Kontrollgruppen.

Und welche Erklärung lieferten die SchülerInnen selbst dazu? Die Schüler selbst gaben an, dass allein die Tatsache, das etwas Neues ausprobiert wurde, bereits zu einer positiveren Einstellung führt. Am Ende jeder Unterrichtsstunde wurde eine Befragung der Motivation durchgeführt. Hierfür relevant sind die Eckpunkte:

- Verständnis des Arbeitsauftrags
- Hilfe durch den Lehrer
- Wohlfühlen in der Stunde

Auch hierbei ergab sich kein relevanter Unterschied zwischen den Gruppen und gipfelte im gleichen hohen Niveau der Antworten.

Vor Beginn einer definierten Lernreihe wurde eine Klassenarbeit über lineare Funktionen und nach Abschluss der Untersuchung eine Klassenarbeit über quadratische Funktionen geschrieben.

Die durchschnittlichen Ergebnisse (mittlere Punkteanteile in Prozent) fasst die folgende Tabelle zusammen:

| | Versuchsgruppe 1 | Versuchsgruppe 2 | Versuchsgruppe 3 | Versuchsgruppe 4 |
|--|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Veränderung des durchschnittlichen Punkteanteils | -8,05% | -6,70% | -15,82% | -22,79% |

Tabelle 1: Entwicklung der Leistungsergebnisse (1. Studie).

Tabelle 1 zeigt, dass sich die beiden Versuchsgruppen deutlich besser entwickelten als die beiden Kontrollgruppen. Das kann als Indiz gewertet werden, dass ein besseres Verständnis gegeben war. Wundert Sie, dass sich der Durchschnittswert in jeder der vier Gruppe verschlechtert hat? Das ist nicht verwunderlich: Das Thema „quadratische Funktionen“ weist eine höhere mathematische Komplexität auf als lineare Funktionen. Während der Durchführung des Experiments fiel auf, dass die SchülerInnen in den Versuchsgruppen viel bewusster und aufmerksamer den Lernprozess an sich beurteilten. Beispielsweise wurde das Unterrichtsmaterial in den Versuchsgruppen wie folgt beurteilt: „Der Anfang ist ja noch klar, aber Sie haben zwischen dem dritten und vierten Schritt einen Zwischenschritt vergessen, deswegen musste ich meinen Nachbarn fragen, wie das geht.“ In den Kontrollgruppen war die Beurteilung lediglich: „Das Material war nicht gut verständlich“. In der Regel keine wurden keine Begründung genannt.

Vor diesem Hintergrund entstand die Idee für eine zweite Versuchsdurchführung. Die Vorbereitung der Lernreihe „Exponentialfunktionen“, die in der Praxis innerhalb von vier Wochen durchgeführt wurde, dauerte zwei Monate. Hierbei wurde in jeder Stunde statt der Motivation nun die Selbstwahrnehmung und Reflexion der Stunde erfragt.

Es ergab sich wieder kein Unterschied in der Einstellung zur Mathematik. Ebenfalls weder in der Selbstwahrnehmung noch in der Reflexion der Stunde war ein Unterschied zwischen den Versuchsgruppen und den Kontrollgruppen. Die von mir bei der zweiten Durchführung unterrichtete Kontrollgruppe argumentierte auch bewusster und aufmerksamer.

Die Klassenarbeit, der einzige Maßstab, der nicht primär die subjektive Steuerung und Manipulation durch die Schüler sondern allein ihre unbeeinflussten Antworten (da sie ja möglichst viele Punkte erreichen wollen) wiedergibt, ergab erneut eine deutlich bessere Entwicklung in den Versuchsgruppen im Vergleich zu den Kontrollgruppen:

| | Versuchsgruppe 1 | Versuchsgruppe 2 | Versuchsgruppe 3 | Versuchsgruppe 4 |
|--|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Veränderung des durchschnittlichen Punkteanteils | +21,23% | +25,57% | +15,06% | +10,25% |

Tabelle 2: Entwicklung der Leistungsergebnisse (2. Studie).

Was also kann festgehalten werden?

1. Wenn der Unterricht genauer auf den Lernmodus der Schüler abgestimmt ist, erhöht sich die Leistung.
2. Motivation, Selbststeuerung und Einstellung gegenüber dem Fach ändern sich nicht.

Welche Gründe könnten die Ursache sein?

1. Lernstilorientierter Unterricht führt zu einem besseren Verständnis der Lerninhalte in Mathematik und demzufolge zu einer höheren Leistung der Schüler in Tests.
2. Gutes Verständnis von Inhalten wird zwar begünstigt durch eine positive Einstellung zum Unterrichtsfach und kann kurzfristig auch ohne eine solche erfolgen. Bessere Leistung der Schüler führt nicht parallel zu mehr Freude am Unterrichtsfach.
3. Motivation und eine grundlegend positive Einstellung zum Fach ergeben sich eventuell erst bei längerer und nicht bei kurzzeitiger Differenzierung des Unterrichtsmaterials nach Lernstilen.
4. Die Studie war nicht lange genug, so dass die Veränderungen nicht nachhaltig auf die Motive und Ursachen des Lernens wirken konnten.

Literaturverzeichnis

Coffield, F., Moseley, D., Hall, E., & Ecclestone, K. (2004a). Learning styles and pedagogy in post-16 learning - A systematic and critical review. London: Learning and Skills Research Centre/University of Newcastle upon Tyne.

Gregory, G. H. (2005). Differentiating instruction with style. Aligning teachers and learners intelligences for maximum achievement. Thousand Oaks (CA): Corwin Press.

Smith, W., Sekar, S., & Brandon, K. (2002). The impact of surface and reflective teaching and learning on student academic success. In M. Valcke, & D. Gombeir, Learning styles: reliability and validity (S. 407–418). Gent: Academia Press.

Autor:

Michael Sauer ist Lehrer für Mathematik, Wirtschaft und Informatik an der BBS Westerburg. Im Rahmen seiner Promotion an der TU Darmstadt fand das beschriebene Projekt statt. Ziel war die Überprüfung der Hypothese, dass lernstilorientierter Auswirkungen auf verschiedene Größen (Motivation, Selbstregulation, Leistung und Einstellung zur Mathematik) hat.

Michael Sauer, sauer.m@bbs-westerburg.de, Hofwiesenstraße 1 56457 Westerburg

Gegen den Unterrichtsausfall – unkonventioneller Weg in Bayern – Vorbild für Rheinland-Pfalz?

In der unten abgedruckten Presseerklärung stellt die Technische Universität München einen integrierten Studiengang für eine einphasige Lehrkräfteausbildung in Mangelfächern vor. Wir verstehen diese Maßnahme als interessanten Ansatz zur Gewinnung

von Lehrkräften – ein Allheilmittel stellt er gewiss nicht dar. Seit Jahren erwarten wir von der Landesregierung Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung, die über reine Marketing-Maßnahmen hinausgehen. Dies könnte ein Weg von vielen sein, das Ziel einer bes-

seren Unterrichtsversorgung zu erreichen.

Master und Referendariat in einem Studiengang

Dr. Ulrich Marsch Corporate Communications Center (Technische Universität München)

Die Technische Universität München (TUM) startet einen Studiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen, der bundesweit erstmalig sowohl das Masterstudium als auch das Referendariat umfasst. Mit der stärkeren Verknüpfung der Inhalte wollen der Freistaat Bayern und die TUM School of Education die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer weiter verbessern. Der Studiengang soll sich an Quereinsteiger richten, die im Bachelor bestimmte Ingenieurfächer studiert haben. Er soll so dazu beitragen, den Nachwuchsmangel in den Technikfächern der beruflichen Schulen zu beheben.

Wenn angehende Lehrerinnen und Lehrer nach ihrem Studium ihr Referendariat absolvieren, stehen sie nicht nur in den Schulklassen, sondern bekommen auch selbst weiteren Unterricht in den Staatlichen Studienseminaren. Manche Themen überschneiden sich dabei mit den Inhalten aus dem Universitätsstudium.

Das Bayerische Kultusministerium und die TUM School of Education starten deshalb ein bundesweit einmaliges Modellprojekt: Sie haben Masterstudium und Referendariat im „Master Berufliche Bildung Integriert“ verbunden, der zum Wintersemester 2016/17 beginnen soll. Themen, die bislang über die verschiedenen Phasen der Ausbildung verteilt waren, werden nun in gemeinsam konzipierten Modulen gelehrt – zum Teil im Studienseminar, zum Teil an der TUM. Entsprechend

schreiben die Absolventinnen und Absolventen eine Abschlussarbeit, statt einer Masterarbeit an der Universität und einer Hausarbeit im Studienseminar.

Drei statt vier Jahre für Masterstudium und Referendariat

„Wir können die Inhalte im Zusammenhang erklären und besser aufeinander aufbauen“, erklärt Prof. Kristina Reiss, Dekanin der TUM School of Education. „Von beiden Partnern fließt ihr spezifisches Wissen ein, sodass auch die praktischen und die wissenschaftlichen Aspekte der Ausbildung optimal miteinander verknüpft werden können.“

Obwohl bei der Kopplung von Masterstudium und Referendariat keine Inhalte entfallen, kann durch die bessere Strukturierung die Ausbildungszeit gekürzt werden. Statt Masterstudium und Referendariat in vier Jahren zu absolvieren, sind die Studierenden drei Jahre im Integrierten Studiengang eingeschrieben. Bereits im ersten Semester stehen betreute Praktika auf dem Plan, im dritten Semester beginnt der sogenannte Vorbereitungsdienst, also das Referendariat.

Einfacher Zugang für Quereinsteiger aus Technikfächern

Die zweite Besonderheit des Studiengangs ist, dass er explizit für Studierende gestaltet wurde, die einen Bachelorstudiengang in Elektro- und Informationstechnik, Maschinenbau oder einem vergleichbaren Fach absolviert haben. Er konzentriert sich entsprechend auf erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Inhalte, während die Leistungen aus dem Fachstudium vollständig anerkannt werden. Das bedeu-

tet eine große Erleichterung für Quereinsteiger, die sich üblicherweise die Module eines Fachstudiums erst einzeln anerkennen lassen müssen, wenn sie ins Lehramtsstudium wechseln. So soll das Modellprojekt dazu beitragen, den Nachwuchsmangel in den Technikfächern der beruflichen Schulen zu beheben.

„Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen haben eine anspruchsvolle Aufgabe: Sie müssen im schnellen technologischen Wandel immer auf dem Laufenden bleiben und die Schülerinnen und Schüler auf eine dynamische, vernetzte und hochtechnisierte Arbeitswelt vorbereiten“, sagt Dekanin Prof. Kristina Reiss. „Umso wichtiger ist es, dass sie professionell und nach aktuellen bildungswissenschaftlichen Erkenntnissen auf den Unterricht vorbereitet werden.“

Hintergrund:

Der „Master Berufliche Bildung Integriert“ ist Teil des Konzepts „Teach@TUM“, das bei der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern mit rund 5,4 Millionen Euro gefördert wird. Die TUM School of Education war bei der Gründung 2009 die erste deutsche Fakultät, die fächerübergreifend die Verantwortung für das gesamte Lehramtsstudium einer Universität erhielt. Die Forschungserkenntnisse ihrer Bildungswissenschaftler fließen unmittelbar in das Studium sowie in Lehrerfortbildungen ein. Zudem werden die Studierenden bereits ab dem ersten Semester mit Praktika an die Unterrichtspraxis herangeführt. Über ein enges Kooperationsnetz findet ein intensiver Austausch mit Schulen statt.

Mehr Informationen zu „Teach@TUM“:

<http://www.tum.de/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/kurz/article/32268/>
<https://www.edu.tum.de/qualitaetsoffensive/>

Kontakt:
 Prof. Dr. Kristina Reiss
 Technische Universität München
 Dekanin TUM School of Education
 Tel.: +49 89 289 25399
kristina.reiss@tum.de

Dr. Christoph Schindler
 Technische Universität München
 Projektkoordinator

Als Lehrer immer „mit einem Bein im Gefängnis“? Aufsichtspflicht und andere Haftungsrisiken einer Lehrkraft

Was kann ich gegen den Handy-Wahn in meiner Klasse tun? Darf ich Schüler früher aus meinem Unterricht entlassen oder Störende meiner Stunde verweisen? Dürfen Schüler auf Klassenfahrten Alkohol trinken? Dieser und viele andere Fragen stand Karin Kunert, die Expertin für Recht und Besoldung im Landesvorstand des VLW, Rede und Antwort am Tag der kaufmännischen Schule in Kaiserslautern. Die zahlreiche, aktive Teilnahme am Workshop „Haftungsrisiken für Lehrkräfte im Schulalltag“ zeigte die hohe Relevanz des Themas. Wichtigster Aspekt der besonderen Dienstpflichten und -aufgaben eines Lehrers war hierbei die „Aufsichtspflicht“ für alle Teilnehmer. Denn sie nimmt eine besondere Stellung ein, da sie ständig Befürchtungen und Hemmungen auslöst, ja sogar eine Art „Damo-klesschwert“ im Schulalltag oder bei Schulfahrten darstellt. Einerseits sind ihre Grenzen nicht klar gefasst, so dass nicht von vornherein ersichtlich ist, was in einer konkreten Situation vom Lehrer zu tun oder zu unterlassen ist; andererseits können bei Verletzung der Aufsichtspflicht erhebliche Schäden entstehen.

„Sich bemerkbar machen“ und als Aufsichtsperson vor allem

präventiv vor, während und nach dem Unterricht zu handeln, ist oberstes Gebot. Der Sinn der Aufsichtspflicht ist, Schüler vor Schäden zu bewahren sowie von den Schülern ausgehende Schäden zu verhindern. „Wo steht das?“ war eine der häufigsten Fragen, wodurch sich für Karin Kunert herauskristallisierte, dass alle etwas greifbares, etwas „schwarz auf weiß“ wollen, um sich absichern zu können. „Die wichtigsten Rechtsgrundlagen sind natürlich das BGB, die Berufsschulordnung, die Dienstordnung, die Schulordnung für öffentliche Berufsbildende Schulen in Rheinland-Pfalz sowie die Verwaltungsvorschriften, die jedoch keine Gesetze sind“, erklärte die Expertin. Geklärt wurden Begriffe wie „Schulweg“ und „Unterrichtsweg“, der Sinn und Zweck einer Diensthaftpflicht sowie das Anweisungsrecht der Lehrkraft, womit diese einen Schüler z.B. im Krankheitsfalle, wenn er anderen mit seinem Zustand schaden könnte, nach Hause schicken darf. Immer mehr Fragen und spezifische Beispiele wollten die Teilnehmer geklärt wissen und nahmen Tipps wie die Broschüre „Mit der Schulklasse sicher unterwegs“ der deutschen gesetzlichen Unfallkasse (DGUV), die es auf deren Website gibt, gerne an. Dem immerwährenden

Thema „Alkohol auf Schulfahrten“ trat die Rechtsexpertin pragmatisch entgegen und erklärte, dass im §59 der Schulordnung für öffentliche BBSn die rauch- und alkoholfreie Schule festgeschrieben steht. Nur der Schulleiter könne bei Volljährigen eine Ausnahme machen.

Wieviel muss ich mir aber als Lehrer gefallen lassen? Und wo kann ich präventiv vorgehen, dass es zu gar keiner Situation kommt, in der ich von schulrechtlichen Maßnahmen Gebrauch machen muss? Karin Kunert empfiehlt, menschliches Urteilsvermögen walten zu lassen, denn wer als Lehrer als verantwortungsbewusster Mensch handelt, handle grundsätzlich nicht pflichtwidrig. Wenn es dennoch zu einem Unfall kommt, könne man ihm einen Vorwurf nicht machen. „Grundsätzlich ist sehr viel über die gesetzliche Unfallversicherung für Schüler abgedeckt“, weiß Karin Kunert. „Zum Beispiel auch, wenn sich Schüler in der Pause vom nahegelegenen Bäcker ihr Frühstück holen und dabei ein Schaden entstehen würde.“ Die persönliche Haftung des Lehrers scheidet ohnehin aus, weil gemäß Art. 34 GG, § 839 BGB der Staat an seiner Stelle eintritt.

Trotz aller „Grauzonen“ schaffte es Karin Kunert, den Lehrkräften eine gewisse Sicherheit zu vermitteln und gebräuchliche Rede-

wendungen wie „auf Klassenfahrten mit einem Bein im Gefängnis stehen“ zu entschärfen, denn „es muss erst eine grobe Fahrlässig-

keit und Vorsatz nachgewiesen werden, wenn der Lehrer für etwas haften soll“.

Neue Doppelspitze im OV Cochem

In der Mitgliederversammlung des Ortsverbands Cochem am 20. Juli 2015, zu der die scheidende Ortsverbandsvorsitzende Roswitha Grimmen ins Gasthaus am Brunnen in Illerich eingeladen hatte, wurden Esther Mücke und Oliver Friderichs einstimmig als neue Vorsitzende des vlw-Ortsverbands Cochem gewählt. Kurt Flöck, der als Bezirksvorsitzender an der Versammlung teilnahm, gratulierte den neuen Vorsitzenden ganz herzlich zur Wahl und wünschte Ihnen bei der Führung der Amtsgeschäfte viel Freude

und einen guten Erfolg.

Roswitha Grimmer, die dem Ortsverband Cochem 15 Jahre mit Erfolg vorgestanden hat, war für Ihre Kolleginnen und Kollegen und den Bezirksvorstand stets eine verlässliche, kompetente und engagierte Ansprechpartnerin. Zudem war sie für drei Amtsperioden Mitglied im Vorstand des vlw-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, in dem sie u.a. die Interessen der Lehrkräfte für Bürowirtschaft engagiert vertrat. Für das langjährige Engagement im vlw dankte Kurt Flöck im Namen des Vorstands des vlw-Bezirksverbands Koblenz und des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung informierte Kurt Flöck über aktuelle dienstrechtliche, bildungspolitische und verbandsinterne Themen, die die Kollegin-



Oliver Friderichs, Esther Mücke

nen und Kollegen zu einer angenehmen und regen Diskussion nutzten.

Die Mitgliederversammlung wurde in geselliger Runde mit einem gemeinsamen Abendessen beschlossen.

Kurt Flöck



Stabwechsel an der BBS SÜW

Abschied von Helmut Schweder unter der Devise „Aufbruch“ - Nachfolger Wolfgang Peters bereits ernannt

12 Jahre leitete er die einzige Schule im Landkreis, die den Namen des Schulträgers hat – die Berufsbildende Schule Südliche Weinstraße mit ihren Standorten, die zum Teil über 25 km auseinanderliegen – Dipl.Hdl Helmut Schweder aus Essingen, seines Zeichens Oberstudiendirektor, ab 1. August mit dem Zusatz i.R. (im Ruhestand).

Im vollbesetzten Kurpfalzsaal –



Schweder, Engelhardt-Sigora, Wolfgang Peters

der guten Stube der Stadt Edenkoben, wie es Bürgermeister Kastner in seinem Grußwort bezeichnete- fand die Verabschiedung des rührigen Schulleiters statt, die von vielen Gästen weniger als rührselig, vielmehr als kurzweilig und informativ empfunden wurde. Im Mittelpunkt stand dann auch die Entwicklung der Berufsbildenden Schule Südliche Weinstraße, die als einzige BBS steigende Schülerzahlen aufweisen kann. Nicht zuletzt ist dieser Umstand mit dem Leitbild der Schule begründet – von Schweder geprägt- „Die Region ist unsere Stärke, wir stärken die Region“.

Dies wird verdeutlicht mit den Köchen, die seit zwei Jahren in Edenkoben ausgebildet werden , sowie der Hotelfachschule und der Fachschule für Hotelmanagement. Dass spanische Auszubildende im Spezialunterricht ihre schulische Ausbildung in Edenkoben absolvieren und demnächst wahrscheinlich eine Klasse für Flüchtlinge, die beruflich qualifiziert werden, in Edenkoben unterrichtet werden, geht auch auf das Engagement von Schweder zurück, der sich nicht im Hinblick auf seinen Ruhestand genüsslich vorbereitete, sondern nach wie vor bis zum letzten Tag aktiv war. Am Standort Annweiler schaffte er es mit einem engagiertem Kollegium die Schule für die Sozialberufe (u.a.Erzieher, Altenpfleger, usw,) die Höhere Berufsfachschu-



Christian Paulus, Schweder

le Sozialassistenten mit jährlich zwei Parallelklassen und die Fachschule für die Erzieherausbildung mit jährlich drei Parallelklassen in Vollzeit und Teilzeit zu etablieren. Der profilgebende Faktor in Bad Bergzabern – der eigentliche Hauptsitz- ist die Technik und der IT-Bereich. Mit fast 550 Schülern kann sich die Kurstadt als größter Standort behaupten. Insgesamt leistet die BBS Südliche Weinstraße einen wichtigen Beitrag für den Arbeitsmarkt in der Region und für die Berufschancen von jungen Leuten. Es sei gut, sagte Schweder, dass die BBS SÜW keine Großeinrichtung sei, die wie ein Ozeanriese träge dahingleite, schwer steuerbar sei und nur behäbig beschleunige . Vielmehr sind die drei Standorte dagegen wie wendige Schnellboote, die durch das Meer der Zeit gleiten, die Besatzungen motiviert und anpassungsfähig seien und sich so

schnell auf neue Situationen einstellen könnten.

Beate Engelhardt-Sigora von der Ausichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) überreichte die Urkunde mit den Dankesworten der Ministerpräsidentin Malu Dreyer und informierte, dass ohne Unterbrechung der bisherige Stellvertreter Wolfgang Peters ab 1. August zum Schulleiter ernannt wurde. Die Veranstaltung wurde musikalisch von der BBS Lehrerband umrahmt, verschiedene Beiträge gestalteten die Verabschiedung sehr kurzweilig. Beim anschließenden Imbiss zeigte sich, dass die gastronomischen Berufe nicht nur theoretisch , sondern auch praktisch hochqualifiziert sind. (lpa)

